

# Korrespondent.

**Abonnementspreis** vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.  
Bei Abnahme von jedem Monatshefte: bei Zustellung ins Haus durch unsere Kurierfahrer in  
100 Hefen und auf das Haus des Bestellers; durch die Post 120 Hefen, ab 42 Hef.  
Hilfszahl — Das Heft enthält meistens 6 und nur zu den Festtagen halbwöchentlich.  
— Abgabe anderer Zeitungsnummern ist nur mit besonderer Genehmigung gestattet.  
— Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Meinungen der Verleger.

**Wöchentliche Gratisbelegungen:**  
5 seitig. Musor. Unterhaltungsblatt  
m. neuerl. Romanen und Novellen.  
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.  
mit neuesten Marktberichterzungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Zeile pro Woche für die Werbung und andere  
Anzeigen 10 Hef. Kleine Anzeigen 25 Hef. Anzeigen pro Jahr  
30 Hef. im Restmontat 40 Hef. Bei langjährigem Bestehen entsprechende Ermäßigung.  
Geld für die Zeilen und die Zeilen. Die Anzeigenpreise sind für die ersten 100 Zeilen  
besondere Berechnung, nach anderem mit Berücksichtigung der Zeitungszeit. Die  
Anzeigenpreise für die ersten 100 Zeilen sind für die ersten 100 Zeilen.  
Anzeigen für die ersten 100 Zeilen sind für die ersten 100 Zeilen.

№ 86.

Donnerstag den 14. April 1910.

36. Jahrg.

## Die zweite Gesamtabstimmung über die Wahlrechtsvorlage

brachte am Dienstag im Abgeordnetenhaus bei voller Besetzung unmerklicher Weise noch eine längere und heftige Debatte. Sachlich wurde an dem Resultat der ersten Gesamtabstimmung nichts geändert. Es ergab sich aber, daß alle Zwischenverhandlungen die Gegensätze nicht gemildert, sondern eher verschärft haben. Die Nationalliberalen blieben bei ihrer Ablehnung, die Freikonserverativen ebenfalls, während Konserverative und Zentrum unverändert bei ihrer Zustimmung verblieben. Die Haltung der übrigen Parteien war selbstverständlich. Für die fortschrittliche Volkspartei sprach der Abg. Cassel, der knapp und klar die prinzipielle Haltung der Partei herauskehrte und die Forderung des Reichstagswahlrechts auch für Preußen mit Nachdruck erhob. Die Regierung hält sich — bis auf eine kurze Detailklärung — in Schweigen. Nur Herr v. Moltke, aber nicht Herr v. Bethmann Hollweg war erschienen.

Der Tag begann mit kurzen Erklärungen. Der Kampf begann erst, als der nationalliberale Fraktion Friedberg in der Debatte nach den Wahlbezirken eine „Entreichung der Industrie des Westens“ erkläre zu müssen erklärte. Die Zentrumskräfte Herold und Well griffen das Wort mit demagogischer Gewandtheit auf und warfen den Nationalliberalen Parteisüchtelei vor, worauf Friedberg und Schiffer dem Zentrum mit gleicher Wucht dienten. Der große Kampf um ein besseres Wahlrecht wurde dadurch auf ein recht niedriges Niveau herabgedrückt, auf das Niveau der nackten Mandatspolitik. Demgegenüber leuchtete der prinzipiell betonte Standpunkt der fortschrittlichen Volkspartei scharf hervor. Herr v. Bethlitz entstellte ebenfalls Sätze, als er behauptete, daß die jetzige Majoritätsbildung dahin wirke, daß das politische Schwergewicht von den Konserverativen auf das Zentrum übergehe. Die Sozialdemokraten Borgmann und Leinert nahmen sich von ihrer Seite aus ebenfalls des Zentrums besonders „liebvol“ an. Zum Schluß gab es noch eine stürmische Geschäftsordnungsdebatte, da die Konserverativen mit Affizienz des Zentrums durch einen bedenklichen Trick die Spezialdiskussion überhaupt verhindert. Die Linke von Friedberg bis Straßel war einzig in der Zurückweisung dieses Vorgehens, das, wie die Abgeordneten Fischel und Müller-Weilin mit Schärfe hervorhoben, eine Anhebelung der Rechte der Minderheit darstellte.

Das politische Ergebnis des Tages war das vorläufig unverbrüchliche Festhalten des Zentrums an der Dreiteilung in den Wahlbezirken und damit der Zwang für die Nationalliberalen, nach wie vor gegen das Gesetz zu sein. Das Zentrum hält in der Tat die Konserverativen gut bei der Hand. Das Herrenhaus hat nun das Wort. Es wird unzweifelhaft das Gesetz nicht unverändert lassen und damit sein Schicksal auf eine sehr lange Bank schieben.

## Dem Entwurf eines Wertzuwachssteuergesetzes

hat der Bundesrat nacheinander die Zustimmung erteilt. Er wird dem Reichstage bereits in diesen Tagen zugucken, da die Regierung wünscht, daß er noch vor der Vertagung verabschiedet wird.

Der Entwurf sieht, wie das „Verl. Tagebl.“ mitteilt, nur eine Besteuerung des Wertzuwachses von Immobilien vor. Die neue Steuer werde nach der Schätzung des Entwurfs einen Reinertrag von 30 Millionen abwerfen. Die Wertzuwachssteuer soll beim Verkauf der Grundstücke von den Kommunen erhoben werden, die sechs Prozent der Steuer an das Reich abführen. Für gewisse Fälle ist Steuerfreiheit vorgesehen, so z. B. wenn Immobilienbesitz auf Deszendenten übergeht behufs Fortführung des Gewerks. Die Steuerhöhe wird nach der Besitzzeit abgemildert.

Was die Grundzüge des Regierungsentwurfes anbelangt, so werden die gleichen Ziele verfolgt wie bei

den jetzt in Geltung befindlichen kommunalen Zuwachssteuergeetzen. Besteuert soll der unverdiente Gewinn werden, der Gewinn also, der nicht aus der Arbeit eines einzelnen, sondern aus Einrichtungen der Kommunen und des Staates ergibt wird. Aus diesem Grunde sollen auch beide Faktoren am Gewinn teilnehmen. Ein gewisser Prozentsatz der Wertsteigerung soll indes von der Besteuerung freibleiben. Die Interessen der Gemeinden werden in dem Entwurfe voll gewahrt. Während im allgemeinen das Recht der Steuererhebung den Kommunen vorbehalten bleibt, sind für das platte Land Sonderbestimmungen vorgesehen und hier als Erhebungsstellen die Kreise gedacht, die schon heute nach dem kommunalabgabengesetz berechtigt sind, die Wertzuwachssteuer als Kreiskommunalabgabe einzuführen.

Die Gründe, die dahin geführt haben, eine Wertzuwachssteuer auf Immobilien nicht einzuführen, sind die folgenden: Eine solche Steuer würde für den Verkehr eine unerträgliche Last sein, den Verkehr lähmen und die Volkswirtschaft fast vollständig lähmen. Das ausländische Kapital würde ferngehalten, das deutsche Kapital ins Ausland getrieben werden. Die ausländischen Börsen würden diese Konjunktur geschickt benutzen, und der deutsche Währungsstempel würde einen Rückgang aufzuweisen haben. Auch die deutschen Renten würden unter diesen Umständen von deutschen Publikum vernachlässigt, dagegen das Interesse an ausländischen Renten gesteigert werden. Dies könnte zurzeit für unsere Anleihen, die an und für sich schon an kurzfristigen Anleihen, sehr verhängnisvoll werden. Die Mehreinnahmen an Wertzuwachssteuer würden die eintretenden Verluste nicht kompensieren können. Dazu kommt, daß die Kontrolle bei den Mobilien viel zu schwierig ist, die Hinterziehung könnte gar nicht wirksam verhindert werden. Selbst die dauernde Verbindung jeder Schlussnote mit dem Wertpapier würde nicht zulangen und mit zu großen Umständenlichkeiten verknüpft sein. Schließlich würde eine solche Zuwachssteuer auch im Reichstage auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen.

Vor der Bundesratsabstimmung hielten die vereinigten Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, für Justizwesen und für Rechnungswesen, die vereinigten Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen Sitzungen ab.

## Aus dem Ovamboland.

Von geschätzter Seite wird der „Deutschen Kolonialzeitung“ geschrieben:

Im Ovamboland scheinen sich, nachdem seit der militärischen Expedition der Portugiesen im Jahre 1907 alles ruhig geblieben ist (natürlich abgesehen von den nie störenden Raubzügen der Kuanjamas), jetzt aus neue Unruhen vorzubereiten, die jedoch mit dem kürzlich gemeldeten Tode des Häuptlings Jita vom Kuanjama-Stamme (westliches deutsches Ovamboland) und des Bruders des Häuptlings Nande, Hamalua, vom Kuanjama-Stamme (östliches Ovamboland, vier Fünftel portugiesisch, ein Fünftel deutsch) nichts zu tun haben. Vielmehr sind jene Unruhen bei den unmittelbar an der deutschen Grenze stehenden portugiesischen Ovambos durch rücksichtslose Erhebung der Fäulnissteuer seitens der von den Portugiesen damit beauftragten und auf dem Mossamedes-Hochlande seit langen Jahren ansässigen Buren entstanden, die bei der Pfändung Vieh, den Hauptbesitz der Ovambos, wegrrieben und verkauften, was die Eingeborenen um so fühlbarer traf, als sie durch militärische Expeditionen, Anlage von provisorischen Militärstationen, außerordentlich hohe Steuern, ohnehin zurzeit einen schweren Stand haben. Das Gouvernement von Windhof hat, wie bekannt, schon seit einem Jahre die deutschen Ovambos durch Abgabe von Lebensmitteln auf Bestrafung der deutschen und sinnlichen Missionare unterstützt.

In der portugiesischen Deputiertenkammer stellte am 2. April der Abgeordnete Antonio José de Almeida einen Dringlichkeitsantrag, die Regierung zu befragen, ob jene Nachrichten aus dem Ovamboland zutreffen, und ob das Ministerium schon entsprechende Maßnahmen traf, um die schuldigen Behörden, die in den mit so schweren Opfern unterworfenen Gebieten Unruhen stiften, mit aller Strenge zu bestrafen. Die Deputiertenkammer lehnte aber die Dringlichkeit ab, so daß eine Antwort nicht erfolgte. Jenseitig jene Unruhen, zu deren Beilegung übrigens der sehr anspruchsvolle und sachkundige Generalgouverneur von Angola, Oberstleutnant Roçadas, sofort aus Luanda geeignete Maßnahmen anordnete, auch auf Deutsch-Südwestafrika einwirken, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Man wird sich erinnern, daß vor etwa einem Jahre die „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung“ fogar von Pfändungen von Vieh 70 Kilometer südlich der deutsch-portugiesischen Grenze seitens solcher buriischer, aus Angola kommender Steuererheber berichtete, was bei der Dreifachheit, mit der auch buriische Jäger auf jedem Gebiete von Angola aus unter dem Vorwandbestande aufzudrängen, nicht ganz unmöglich erscheint. Jedenfalls zeigen solche Vorfälle auch wieder die Dringlichkeit einer baldigen, den örtlichen Verhältnissen besser angepaßten Grenzregulierung zwischen Kuanene und Moaango, sowie der Einrichtung einer Verwaltung im deutschen Anteil des Ovambolandes. Eine Anwerbung von Arbeitern für die Kakaoinseln St. Thomé und Principe, wo jetzt schon 40 000 Angola-Eingeborene beschäftigt werden, ist vorläufig noch im portugiesischen Ovamboland verboten.

## Zur Wahlrechtsbewegung.

Die Wahlrechtsversammlungen unter freiem Himmel, die der Berliner Polizeipräsident freigegeben hat, werden von der „Köln. Ztg.“ von einem Gesichtspunkte aus betrachtet, der bisher nicht genügend zum Ausdruck gebracht worden ist. Die „Köln. Ztg.“ ist der Ansicht, daß das Verhalten des Polizeipräsidenten der Sozialdemokratie eine Niederlage bereite. Denn ihr sei der kraftstehende Widerstand des entgegenstehenden polizeilichen Willens ohne Gefährdung des Staates genommen worden. Vermutlich habe dieser wirksame Agitationsstoff damit seine Spitze eingebüßt.

Mit dem Rechtfertigungsversuch des Berliner Polizeipräsidenten ist die „Deutsche Tagesztg.“ höchst unzufrieden. Sie hätte es immer noch als ein kleineres Übel angesehen, wenn Herr von Jagow schon am 6. März die Massenversammlung gestattet hätte; er wäre dann wenigstens konsequent geblieben. Sie hält es für ihre Pflicht, nochmals auszusprechen, daß die Entwicklung der Angelegenheit sie überaus peinlich berührt und der „Autorität des Staates“ aber doch bei in Betracht kommenden Behörden erheblich geschadet hat. — Demgegenüber möchten wir den Schlussatz der Erklärung des Polizeipräsidenten noch einmal wiederholen: „In übrigen mögen diejenigen, welche Gefährdung der Staatsautorität behaupten, nicht außer acht lassen, daß die Aufhebung einer Verfassung im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens ganz gewiß nicht der Wehrung der Staatsautorität gebietet hätte.“

In Waldenburg in Schlesien veranstalteten die Sozialdemokraten am Sonntag wieder eine Wahlrechtsdemonstration, die schließlich in einen Tumult ausartete. Die Polizei machte von der blanken Waffe Gebrauch. Mehrere Personen wurden durch Säbelhiebe verletzt. Jede Verhaftung wurde von den Umstehenden mit Geschrei und Pfuiwutten begleitet, auch wurden wiederholt Versuche gemacht, die Verhafteten zu befreien. Schließlich wurden, wie die „Schlef. Ztg.“ berichtet, Schläuche herbeigebracht, die



Hydranten geöffnet und den Demonstrationen ein fester Fuß verleiht. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit gelang es den Sicherheitsorganen, die Straßen und Plätze zu säubern.

### Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich in Jerusalem.

Wie vom Montag weiter gemeldet wird, brachte beim Festmahl im Hofpalaß der Oberberg-Stiftung Prinz Eitel Friedrich zunächst einen Teufelspruch „auf den erhabenen Herrscher dieses Landes aus, dessen Gastfreundschaft wir hier genießen. Seine Majestät der Sultan Durra!“. Der Prinz fuhr sodann fort mit einem Toast auf Seine Majestät den Kaiser, „den Protektor dieser Stiftung, den Unterstützer und Förderer aller deutschen Vereine im Heiligen Lande. Seine Majestät der Kaiser! Durra!“. Weitere Reden hielten der Präsident des Oberbergrates D. Boigk, Fürst Salch und Oberhofmeister Freiberger v. Mirbach. Letzterer sprach über die religionsgeschichtliche Bedeutung des Oberbergs und teilte mit, daß am Sonnabend und Sonntag das Kaiserpaar Segensgrüße gesandt habe. Der Kaiser habe telegraphiert, daß während der Feiern auf dem Oberberg und auf Zion die Glocken der katholischen und der evangelischen Kirche in Homburg vereint zum Lobe des Herrn erklingen.

Die „Äthiopische Volksgemeinschaft“ meldet aus Jerusalem: Auf eine Ergebenheitsdepeche des Berliner Komitees des Deutschen Vereins vom Heiligen Lande antwortete der Kaiser dem Fürsten zu Salm-Reifferscheid: „Ich erlaube Sie, den dortigen deutschen Willigen für ihr frommes Gedenken gelegentlich der Einweihungsfeierlichkeiten auf dem Zion meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Mit der gesamten deutschen Christenheit habe ich den würdigen Verlauf der beiden Feiern in Jerusalem mit lebhaftem Interesse begleitet. Ich beglückwünsche den Deutschen Verein vom Heiligen Lande zu den bedeutenden Erfolgen seiner verdienstvollen Arbeit.“

### England und die Balkanfrage.

Im englischen Unterhause fragte am Montag Lincoln, ob die Bedingungen für die englische Anerkennung der Amegon-Botschaft und der Herzogin, die am 12. September 1908 von Skutumpah bekräftigt worden waren, erfüllt seien, und wenn dies der Fall wäre, wann eine interessierten Parteien mit Einschluss von Serbien und Montenegro die Erklärung der Zustimmung zu der Angleichung unterzeichnet hätten. Ein von dem Lincoln gestelltes Frage wurde unterstellt, daß, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt seien, die Regierung sich darüber schlüssig machen solle, ob es ratsam sei, eine Konferenz einzuberufen, um den eingetretenen Veränderungen internationale Gültigkeit zu erteilen, alle anderen Fragen zu regeln und auf diese Weise erste Ursachen zu konstatieren unter den Mächten auf der Welt zu schaffen.

Der Parlamentarier Lord Curzon erklärte, daß die Mitteilung angelegentlich Bedingungen erfüllt worden. Serbien habe in einer Note an die österreichisch-ungarische Regierung erklärt, seinen Protest gegen die Annexion Bosniens und der Herzogin aufzugeben zu wollen, und Serbien und Montenegro hätten die Erklärung abgegeben, sie würden sich bei der Entscheidung der Vertragsmächte über den Artikel 25 des Berliner Vertrages hinsichtlich Somit Artikel 25 in Betracht kommen, hätten die Änderungen bereits internationale Gültigkeit erlangt durch die Zustimmung der Signatarmächte. Daher läge für die Einberufung einer Konferenz zu diesem Zweck keine Notwendigkeit vor und es sei auch keine Konferenz erforderlich zur Beseitigung von Schwierigkeiten diesen Mächten, da solche zurzeit gütlichweise nicht beständen. (Weißl.)

### Politische Uebersicht.

**Oesterreich-Ungarn.** Das Wiener Landgericht urteilte nach mehrstündigen Verhandlungen einen gewissen Josef Jeczek wegen versuchter und vollbrachter Spionage, sowie wegen mehrerer in Wien begangener Diebstähle von überleben zu vier Jahren schweren Kerker. Der Angeklagte hatte während der Anwesenheit im Dienste zweier fremder Mächte die Ausstufung österreichisch-ungarischer Zentrumpostbewegungen und die Befolgung militärischer Dokumente abgenommen. — In Anwesenheit des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin der Herzogin von Hohenzollern sowie des Herzogs von Franz Saxe-Coburg und seiner Gemahlin fand am Dienstag in Triest der Stapellauf des 14.557 Tonnen fassenden Schlachtschiffes „Seydlitz“ statt.

**Schweiz.** Der Nationalrat beschloß nach fünfjähriger Debatte mit 100 gegen 45 Stimmen, das Initiativbegehren auf Einführung der Verzichtspflicht für den Nationalrat dem Schweizer Volk zur Verwerfung zu empfehlen. Das Initiativbegehren wurde schon vor zehn Jahren von Wälen und Volk verworfen.

**Frankreich.** Die französischen Aeroplanfabrikanten stellen sich durch die lächerliche Spionensucht geschäftlich, die auch die Regierung ergreifen zu haben scheint. Aus Mornemoutel Grand wird berichtet, daß infolge der vom Kriegsministerium angeordneten Überwachung des Flugplatzes die Jagd der fremden Piloten dort beträchtlich abgenommen hat. Die Aeroplanfabrikanten setzen natürlich nicht sehr davon erlaßt. Einer von ihnen erklärte einem Berichterstatter, die Ausländer seien die besten Kunden. Während z. B. Rumänien beschloffen habe, 20 Flugapparate, nämlich fünf für jede Division anzuschaffen, habe Frankreich für seine amangl. Verweigerung nur zehn gekauft. — In Toulon wurde der Verwaltungsoffizier des 3. Artillerie-Regiments

Robert verhaftet unter der Beschuldigung, daß er mit Hilfe eines Österreichers zahlreiche in Kamerun bestimmte Materialien erworben und sich damit ein Haus gekauft habe. — Der Marceller Arbeiterstreik ist im Sande verlaufen. Am schmerzhaftesten wird es der Marceller Seelente, die den Ausstand angetrieben, wohl sein, daß die Vereinigung der eingetriebenen Seelente des südwestlichen Frankreichs den Streik in Marseille gemäßigter und beschloffen hat, daß ihre Mitglieder auf ihren Höfen bleiben sollen. — Nachdem der Ausstand der Seelente gestillt ist, haben die auf männlichen Angehörigen und die Straßenschaubeamten in Marseille beschloffen, sofort in den Generalstreik zu treten. Der Aufbruch der Vereinigung der Syndikatskammern hat ferner bewirkt, daß in mehreren Niederlegungen erfolgt sind, insbesondere haben viele Kupferhämmer ihre Arbeitstellen verlassen. Die Vereinigung der Syndikatskammern hat sich als Komitee für den Generalstreik konstituiert. Am Dienstag sind die Handlungsgesellschaften und die Straßenschaubeamten tatsächlich in den Ausstand getreten; auch in mehreren Werkstätten ist die Arbeit völlig eingestellt. Zur Vermeidung der Verhinderung des Verkehrs sind Maßnahmen getroffen. Der Verkehr der Straßenbahnen ist vollständig eingestellt. Die Kohlenverlade drei Schiffahrtsgesellschaften haben die Arbeit eingestellt. 1000 Hofarbeiter befinden sich jedoch in Tätigkeit, und die Verladung der Frachtkisten geht in normaler Weise vor sich. Das Streiklokal befindet sich auf dem Boulevard de la République. — Nach den letzten Meldungen verhält sich die Bewegung für den Generalstreik. Ein starkes Zusammenrücken fand auf der Arbeitsebene statt, wo die Korporationen Versammlungen abhielten. Die Mannschaften von zwei vormittags eingetriebenen Dampfern sind an Land gegangen. Fast alle Läden im Mittelpunkt der Stadt sind geschlossen. Der Arbeitslosigkeit hat die französische Arbeiterbewegung besonnen, daß der neue französische Zolltarif die Ausfuhr Deutschlands mit etwa vier Millionen und die Belgien mit etwa 1/2 Millionen belasten werde. — Das neue französische Panzergeschiff „Bergaube“, das letzte der aus sechs Panzergeschiffen von 18.000 Tonnen bestehenden Klasse des Pantons, wurde am Dienstag morgen in Bordeaux in Dienst gestellt.

**Preußen.** Der Reichstag hat ein geheimes Gesetzentwurf genehmigt, der für die nächsten zehn Jahre einmalige Ausgaben für die Bedürfnisse der Landesverteidigung fordert und die Frage der Deckung dieser Ausgaben regelt. Der Gesetzentwurf wurde, soweit er sich auf die Landesverteidigung bezieht, der Landesverteidigungskommission und, soweit er die finanzielle Seite der Frage betrifft, der Finanzkommission überlesen.

**England.** Bei dem Geschäftsgängen der englischen Kriegsschiffe wird in diesem Jahre eine wichtige Änderung eintreten. Sie waren bisher einzellig durch einen an einer festgesetzten Stelle angebrachten Feuerkontrollapparat gesteuert worden. Es ist deshalb vorgesehen, die Anordnung zu ändern, daß ein Teil der Geschützstellungen ohne die Hilfe des Feuerkontrollapparats stattfinden soll. Man erwartet hieron, daß die Uebungen bessere Anhaltspunkte für den Geschichtswert der Kriegsschiffe ergeben werden. — Über das englische Kriegsschiff „Luff“, das die englische Admiralität erworben hat, wird mitgeteilt, daß es im allgemeinen dem letzten Typus entspricht, die Verfüge des englischen Luftschiffahrtsmatters hätten ergeben, daß es eine bessere Konstruktion gebe, als es der gegenwärtige Juppel ist, dessen Gestalt hinten wegen der großen Breite ein Vermissen zur Folge habe. Die Konstruktion, die die beste Gestalt ergebe, ähnele im Umriss dem Deck eines Kreuzers. Das Wasserlinienprofil des Schiffes werde in der Tat dem einer in einer Art zu haben, d. h. seine größte Breite werde vor dem Mittelschiff liegen, wie es bei allen modernen Kriegsschiffen der Fall ist. Das Luftschiff wird mit einer Anlage zur Erzeugung von Elektrizität ausgestattet werden, die für drahtlose Telegrafie Anwendung finden soll.

**Italien.** König Friedrich trat am Dienstag eine Reise nach der spanischen Riviera an, wo er unter dem Namen eines Grafen Kronborg einige Zeit zur Erholung weilen wird.

**Türkei.** Wegen der letzten türkisch-bulgarischen Zwischenfälle sprach, den türkischen Mächten zufolge, die bulgarische Regierung ihr Bedauern aus und versprach, die nötigen Maßnahmen zu treffen. Wie der „Neuen Freien Presse“ aus Konstantinopel mitteilt, ist die türkische Regierung in Brüstung und Bräutigam beigestiegen. Die Albanen ergaben sich und brachten die eroberte Kanone zurück. — Wäre die Nahe wirklich wieder eingetreten, so wäre es nicht recht verständlich, daß das große Aufgebot gegen die Albanen noch aufrecht erhalten bleibt. Schiffe der Flotte sind am Montag, daß er bisher über 24 Bataillone verlegt, die eine teilweise Blockade der Albanen durchzuführen. Weitere drei Bataillone würden zur See von Konstantinopel erwartet, die zusammen mit einer Kompanie Genietruppen und einigen Schnellfeuerbatterien gleichfalls nach Nordalbanien abgehen sollen. Ein türkischer Transportdampfer habe eine Ladung Munition gebracht. Bevor nicht alle Truppen Verfolgung pflanzten hätten, dürfte kein Angriff auf die Albanen erfolgen, die ihre Stellung noch immer behaupten. Auch Buzenaromben seien wegen Defekts in Salonik zurückgeblieben. Nach Befehl des Kommandanten des 3. Korps unterwarf sich neun Rebellenhefen bedingungslos, die übrigen wollten sich am Dienstag unterwerfen. Die Rebellen lieferten außer der erbeuteten Kanone auch sieben gefangene Soldaten an. Der Oberkommandant Schefet Zogaj schickte nach Albanen, um die Uebung der Buzenaromben mit zwei Bataillonen der Kompanie nach Nordalbanien begibt.

**Serbien.** Die Regierung hat die Errichtung einer modernen katalischen Gießfabrik in Serbien beschloffen. Gegenwärtig wurden noch der „Nowo Brema“ bereits die Baupläne im Kriegsministerium ausgearbeitet. Die Beschaffung der erforderlichen Maschinen für die Gießerei wird in Angriff genommen werden, die Fabrik soll in Cupria errichtet werden.

**Griechenland.** Der König begibt sich zu einem mehrwöchigen Aufenthalt nach Korfu, wo er die Königin Alexandra von England erwartet. — Wie die Zeitung „Koroi“ behauptet, sind im Kreisministerium in Athen in der letzten Zeit in einer Höhe von 7 Millionen Mark einbehalten worden. — Die Gießerei empfing in Athen einen Korrespondenten des „Corriere della Sera“ und

äußerte ihm gegenüber, daß die Krise beendet sei. Griechenland werde wieder in das normale politische Leben ein. Es benötigte vor allem der Ruhe, um seine wirtschaftlichen Kräfte zu entwickeln. Der König will in weiteren Verlauf des Interviews auf die Fortschritte hin, die Griechenland und Athen unter seiner Regierung gemacht haben, und insbesondere, daß Republikanismen, um die Freiheit, die von den Wahlen hergeleitet, die Länder auszubilden. — Der Kaiser hat sich mit dem Kaiserpaar in der Türkei aufgehalten, die ihre Anhalten wegen der neuen Grundsteuer gesperrt hatten, befohlen, diese wieder zu öffnen, und ihnen erlaubt, den Preis um das Sechsfache zu erhöhen. In Athen wurden die Juden und die Juden ermächtigt, die Häuser zu besetzen, um Häuser noch ein Gutten geteilt hat. Unter der Bevölkerung herrscht infolge dieser Maßnahmen lebhaft Unzufriedenheit. — Nach weiteren Meldungen aus Jerusalem, daß die drei Frauen des Großwesirs El Gau verhaftet haben, ihn durch Gift betette zu schaffen. Man weiß nicht, ob er mit dem Leben davonkommen wird.

**Preußen.** Die Regierung hat nach einer „Reuter“-Mitteilung der englischen und der russischen Gesandtschaft mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage sei, die einer auswärtigen Anteiligen irgendwelche Bedingungen anzunehmen, außer solchen, die sich auf Verjüngung, Amortisation und Sicherstellung bezögen. Diese Erklärung ist gleich bedeutend mit einer Ablehnung der vorgeschlagenen gemeinsamen Forderung der beiden Mächte von 400.000 Pfund Sterling von Seiten Russlands und Englands. — Britanischer, die in Odesa aus Anlass eingelaufen sind, besagen, daß Russland sich geneigt hat, auf die Proteste der preussischen Regierung hin die Truppen aus Vertheidigung zurückziehen oder auch nur ein annäherndes Datum für die Zurückziehung festzusetzen. Der Gouverneur von Krasnodar hat den Rebellen Garibani von sich in Krasnodar festgesetzt hatte und die Ummantelung brandstiftet, geschlagen und die Ordnung wiederhergestellt. Sattar Khan und Bagir Khan sind in Roswin angekommen. In der Hauptstadt wird ein feierlicher Empfang vorbereitet. Die Regierung ist nach russischer Meldung durch die Ankunft der Bänder selber Krasnodar entlich bestimmt.

**Preußen.** Zur Lage in Afghanistan wird der „Allg. Zeitung“ aus Kabul telegraphiert: Ras Mideel verordnete einen Verbot des Tragens der Kaiserin, was die, nach Abbas Nobe durchgehenden. Die nördlichen Provinzen verweigern das Wollen die Speersoldat. Dadurch ist der Friede gestört.

### Deutschland.

Berlin, 13. April. Am Dienstag vormittag begab sich der Kaiser, wie aus Homburg v. d. H. gemeldet wird, zu Fuß mit Gefolge nach dem vorigen Badhof, um ein Supraportra zu besichtigen, welches über den Eingang zum Kaiserpavillon angebracht werden soll. Zugegen waren aus Frankfurt a. M. Eisenbahndirektionspräsident Henke und Regierungspräsident Wegner, ferner Geheimrat Jakob und der Kaiserlicher Minister. Das Bild stellt eine Vegetation von Germanen durch Römer vor dem Tore der Saalburg dar. Es soll in Skulptur ausgeführt werden. Geheimrat Jakob legte dem Kaiser hier auch Entwürfe vor für den auf dem Herzberg im Taunus geplanten Aussichtsturm, geeignet von dem Architekten Joeller. Der Turm, der eine Höhe von 20 Metern erhalten wird, ist im Anlauf an die römische Form der Saalburg gedacht. Der Kaiser genehmigte die Entwürfe. Ein Fonds von 25.000 M. ist für den Turm bereits gesammelt. Im königlichen Schloß hörte der Kaiser dann den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts. Die Kaiserin und die Prinzessin Viktoria Luise machten einen Ausritt. Gestern nachmittag unternahm das Kaiserpaar und Prinzessin Viktoria Luise einen Ausflug in Automobilen über Esch-Boisheim nach Zuckmantel.

— (Oberst Roosevelt) wird — nach Mitteilungen der „Mil. pol. Korrespondenz“ — bei seiner Ankunft auf deutschem Boden in Schloß (er kommt über Trebbin von Stockholm) von dem amerikanischen Vorkämpfer Dr. Hill und dem Stabe der Berliner Vorkämpfer empfangen werden. In Berlin wird der Erzpräsident zunächst zwei Tage Gast der Washingtoner Regierung in dem Vorkämpferpalast, Wilmardstraße 4, am Königsplatz, sein und dann, der Einladung des Kaisers folgen, in das königliche Schloß übersiedeln. Für die Zeit dieses Aufenthalts ist vom Oberhofmarschall Grafen zu Gullenburg ein minutiöses Programm ausgearbeitet worden, das sich genau an gleiche Vorbereitungen für den Empfang regierender Fürsten hält. Die Einzelheiten dieses Programms sind durch das Auswärtige Amt, über den Vorkämpfer hin, Herrn Roosevelt nach Rom zur Begutachtung übermittelt worden. Wie sehr die höchsten Dispositionen in einzelne gehen, zeigt eine Meldung an den Oberstminister Graf von 2. Garde Regiment z. F., mit seiner Kapelle eine ganze Anzahl amerikanischer Molodien einzubringen, die bei der Galafest zum Vortrag gebracht werden sollen.

— (Sozialdemokratischer Terrorismus.) Wie stark der Terrorismus der Sozialdemokraten geübt wird, zeigt sich recht deutlich in Prag nach dem Gemeindevorwahlen. Ein Gemeindevorwähler hatte zur 3. Klasse der letzten Gemeindevahl einen Vertreterkandidatur angenommen. Als bald gingen ihm, wie der „Prag. Zig.“ geschrieben wird, nicht nur zahlreiche Kunden ab, um bei einem anderen, der nie zur öffentlichen Wahl ging, zu laufen, sondern die „Genossen“ drohten einem Gastwirt sogar den Boykott



an, wenn er nicht eine von ihm beschäftigte Frau, die noch von dem bürgerlichen Kandidaten täglich Ware bezog, sofort entläßt. Diese Androhung hatte den gewinnlichsten Erfolg. Die Gewerbetreibenden, die vor 2 Jahren in der 3. Klasse bürgerlich gewählt hatten, blieben diesmal der Wahl fern, um nicht wieder boykottiert zu werden. Auch von Mietern wird versucht, gegen den Hauswirt als Vermieter vorzugehen.

### Volkswirtschaftliches.

Die Konferenz in Sachen der Versicherung der Privatangehörigen war von Reichsamt des Innern zum Sonnabend einberufen worden, zu der die Vertreter der Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangehörigen, des Hauptanwaltes und des Verbandes christlich-demokratischer Gewerkschaften erschienen waren. Das Reichsamt selbst war durch die Geheimen Oberregierungsräte Dr. Beckmann und Koch vertreten, die gleich zu Beginn erklärten, daß die Regierung den Gesetzentwurf über die Pensionsversicherung der Privatangehörigen auf der Grundlage der zweiten amtlichen Denkschrift ausarbeite; es könne deshalb nicht über den Ausmaß der Invalidenversicherung innerhalb der Reichsversicherungsordnung, sondern nur über die Pensionsversicherung in Gestalt einer Sonderversicherung beraten werden. Die Debatte drehte sich zum überwiegenden Teile um verschiedene Einzelheiten der Sonderversicherung. Einen dreier Mann nahm dabei die Erörterung der Frage ein, ob Ersatzleistungen zu leisten seien. Die Vertreter der Regierung erklärten, daß sich die Regierung darüber selbst noch nicht klar geworden sei. Auch bezüglich der Selbstverwaltung ermächtigen die Regierungsvertreter noch keine näheren Angaben zu machen. Die Vertreter der christlich-demokratischen Gewerkschaften wiesen u. a. darauf hin, daß die Schaffung einer Sonderversicherung in der Invalidenversicherung die Berechtigung der Invalidenversicherung unberührt werden müßten, um für den notwendigen Ausbau der Invalidenversicherung in eine intensive Propaganda einzutreten. Der Vorsitzende der Expertenkommission des Hauptanwaltes empfahl für diesen Fall die Herabnahme aller Privatangehörigen aus der Invalidenversicherung. Die Vertreter der Freien Vereinigung prüfferten am Schluß

das Ergebnis der Verhandlungen für sich dahin, daß sie durch den Verlauf der Debatte in ihren Grundanschauungen nicht erschüttert seien.  
(Die Majorität herrschaft Reisen, die nach dem Ableben des Fürsten Luitpold an den preussischen Schulfiskus gefallen ist, wird den Hofen R. Raabe" zufolge an die königliche Anstalt des Kommissionsverkaufts und von dieser in Auction versteigert zu aufersteht werden. Zur Versteigerung kommen nur die im Kreise Billa gelegenen Ländereien, die im Kreise Kautsch gelegen Güter werden in eine fiskalische Domäne umgewandelt und weiter verpachtet.

### Luftschiffahrt.

**Parceval 3 und M. 2.**  
Köln, 11. April. Um 8.50 Uhr wurde heute morgen "Parceval 2" aus der Halle geschleppt und die Spitze nach Köln zu gerichtet. Um 9 Uhr flog er auf und kreuzte über der Stadt. Um 9.30 Minuten wurde das Militär-Luftschiff "M. 2" aus der Halle gebracht und 9.56 Uhr flog es in der Richtung auf Bönning zu auf. 10.15 Uhr schwebte es über der Halle. Das schöne Wetter hatte eine ungeheure Menschenmenge zur Halle hinausgelockt, welche den Luftschiffmanövern und den Vorgängen an der Halle das größte Interesse entgegenbrachte. Das Militär-Luftschiff landete 10.45 Uhr glatt bei der Halle. "Parceval 3" ist noch nicht zurückgekehrt, er macht auf dem eine längere Fahrt. "M. 2" manövrierte heute, um die an ihm angebrachten mochten Einrichtungen zu prüfen.  
Dorn, 11. April. "Parceval 3" überflog 10.15 Uhr die Stadt in der Richtung auf Godesberg.

**Roblens, 11. April.** Das Luftschiff "Parceval 3", das heute vormittag 9 Uhr in Köln aufgestiegen war, ist um 12 Uhr 20 Minuten hier in Solingen eingetroffen. Nach einer Schiffsahrt über der Stadt und Ehrenbreitstein trat das Luftschiff die Rückfahrt in der Richtung auf Andernach an und traf um 12 Uhr 45 Minuten aber Neuwied ein.

### Abflugfahrt des „M. 3“

Berlin, 11. April. Das Luftschiff "M. 3", das heute vormittag 11 Uhr 40 Minuten vom Ziegler Schießplatz aus eine Fernfahrt nach Paderborn zu einer Gleitflug-Unternehmung, legte 6 Uhr 10 Minuten in bedeutender Höhe über Berlin nach dem Schießplatz zurück, dort noch bis 6 Uhr 40 Minuten über dem Plage manövriert, so daß das Luftschiff im ganzen 7 Stunden in der Luft war.

### Vermischtes.

(Der Vatikan verteidigt sich gegen Roosevelt.) Der "Officiatore Romano" veröffentlicht ein Communiqué des Staatssekretärs des Vatikans über den nicht zustande gekommenen Besuch Roosevelts beim Papste, in dem gesagt wird, der heilige Stuhl habe nach dem bewährlichen Grundsatz mit Fairbanks allen Grund zu der Befürchtung gehabt, man könne Roosevelt ohne dessen Vorwissen und bei vollkommenem gutem Glauben seinerseits dahin bringen, daß er offen seine Sympathie für den Methodistenförmel in der Straße Brenti Settembre bekunde, den den Mittelpunkt einer der katholischen Kirche feindseligen Bewegung im Orient der katholischen Welt selbst bilde. Als nun Roosevelt durch Vermittlung und vertraulich um eine Audienz beim Papst nachsuchte, habe man in höflicher Form der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß er es zu vermeiden wissen werde, sich in die unrichtige Situation bringen zu lassen, als ob er einen beleidigenden Anruf gegen den Papst innerhalb seiner Residenz offen unterfüttere wolle. Roosevelt habe in seiner Antwort jede Verbindung oder Einwilligung abgelehnt und auf diese Weise die Möglichkeit offen gelassen, daß er eine Audienz begehren könne, die sich als eine schwere Verleumdung gegen den Papst darzustellen würde. Dieser Haltung gegenüber sei eine Audienz unmöglich geworden. Es habe sich also rein um eine Frage der Höflichkeit gehandelt, und Höflichkeit sei gewiß mit dem Respekt und der Freiheit der amerikanischen Bürger nicht unvereinbar.

(Über die Entgegnung des Orient-Expres.) Gegen noch weitere Meldungen aus Vitry les-Francois vor. Danach fuhr der Orient-Expres vor der Einfahrt in die Station mit voller Geschwindigkeit über eine Weiche, über welche er vorwärtsmäßig in gleicher Richtung fuhr. Die Lokomotive und der Tender prangten aus den Schienen, rissen die Schienen und das Erdreich heraus und liefen dann noch eine Strecke von 150 Meter weiter. Die Koppelung riß. Der Tender fiel auf die Weiche. Die Lokomotive legte sich etwa 20 Meter vom Tender entfernt auf die Seite. Der Tender wurde schwer zerlegt, aber noch bei der Überführung nach dem Kranstange. Der Zugführer wurde nur leicht verletzt. Die Wagnerverbindung ist wieder hergestellt.

(Abgeklärt.) Nach einer Meldung aus Würzburg a. St. ist am Montag bei der Befragung des Rotenfensers ein Mann abgeklärt und schriftlich verurteilt worden. Er wurde als Zeuge nach Würzburg a. St. gebracht. Seine Persönlichkeit konnte bisher nicht festgestellt werden.

### 30 bis 40000 Mark

find auf sichere Hypothek, event. auch geteilt, auszuliehen und erbittet Näheres unter "Kapital" postlagernd Magdeburg.

**Gut möbliertes Zimmer**  
sofort zu vermieten  
Balleische Strasse 43 I.

**Gutverzinsliches Wohnhaus**  
in der Nähe von Zimmendorf ist preiswert zu verkaufen. Agenten werden. Offerten unter "Gans" an die Exped. d. Bl.

**Grundstück mit Hausplan**  
ist transtheilsbar gegen bar sofort zu verkaufen. Fr. Bolze, Surze Str. 3.

### Hausplan

an der Leunauer Straße, 6 a groß, soll auf zwei Jahre gratis verpachtet werden. Offerten unter B T H 4 an die Exped. d. Bl.

### Pianino,

gebrauchtes, älteres zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe unter C 10617 an die Exped. d. Bl. erbeten.

**Ausgekämmtes Haar**  
kauft zu höchsten Preisen  
Gothardstrasse 32.

**Einige Fuhrn gutes Wiesenheu**  
zu verkaufen  
Neuhau Nr. 50.

**Diegelportwagen ohne Gummireifen**  
verkauft  
Balleische Str. 15. Hof.

**Ein Leiterwagen sowie ein Handwagen**  
haben zu verkaufen  
Ehorlau 52.

**Chinawasser, Bah-Nun, Honigwasser, Birkenwasser, Franzbranntwein, echtes Kleitenwurzelöl, Arnicaharöl**  
sind ausgezeichnete Mittel, den Haarwuchs zu fördern und zu kräftigen. Verkauf in Originalflaschen bei

**Oscar Leberl, Drogen und Parfümerie, Burgstrasse 18.**

### Osterlämmer

a Pfd. 65 Pf.  
empfehlen und erbitten werbe Beitellungen  
516 Freitag.  
**Emil Wolff.**

# Ozonit

Prof. Giessler's Patent

## Modernstes Waschmittel

gibt durch halbstündiges Kochen  
blendend weisse Wäsche

Garantiert frei von Chlor und  
allen schädlichen Bestandteilen

### Ein Versuch überzeugt



**Bruteler von schwarzen Minorkabühnern**  
verkauft  
Eutenplan 3.

### Rheumatis,

**u. Gicht-Leidenden**  
teile ich aus Dankbarkeit mit, was meiner lieben Mutter nach jahrelangen qualvollen Gichtleiden geholfen hat.  
**Frn. Marie Grünauer, Ründen, Pilgersheimstraße 2/II.**

**Ia Magdeb. Sauerkohl,**  
a Pfund 5 Pf.,  
**ist. Messina-Zitronen,**  
4 Stück 15 Pf.,  
**Bücklinge,**  
a Stk 1 Mark 1,00,  
**Ia Rübensaft,**  
a Pfund 18 Pf.,  
**gar. reine Marmelade,**  
a Pfund 25 Pf.,  
empfehlen  
**Emil Wolff.**

**Junge Rindstälbäunen**  
empfehlen  
**Gustav Mohr, Breite Straße 10.**

### Saat-Kartoffeln

prima 1/2 to date, frühblaue oval.  
**Billige große Kartoffeln**  
Str. 130 Markt verkauft  
**Freygang, Große Ritterstraße 7.**

### Vaterländischer Frauenverein.

Unsre Mitglieder wollen wir auf die zum Festen unseres Vereins am 20. April im Dom stattfindende Aufführung des **Glas von Wendelsjohn** besonders hin und empfehlen ihnen angelegentlich den Besuch **Der Vorstand.**  
J. A.: Frau von Eisenhart-Nothe, Vorstehende.

### Dauers Restauration.

Heute Donnerstag  
**Schlachtfest.**

## Theater

### „Weisse Wand“

#### Merseburg.

#### Altes Schützenhaus.

#### Täglich Vorstellungen.

Programm.

1. In der Ferberge zum Schwan. Ein Roman aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten.
2. Sensationelles Zuck. Sumor.
3. Automobilrennen in der Nähe von Atlanta. Größtes amerikanisches Kraftwagenrennen des Jahres 1910.
4. Ein Festtag. Ein Lustspiel des Berliner Thaliatheaters.
5. Holländische Typen u. Freieren. Hochinteressante Farbentragematographie.
6. Wildschützenraube. Ein Drama aus dem Bilderleben.
7. Der Pedant und die Folgen seiner Pedanterie. Urtomliche Poffe.
8. Eine Straußenfarm. Höchst sehenswertes Naturbild.
9. Zerkers-Länge. Singbild.

Programmänderungen vorbehalten.

### Wäsche zum Blätten

wird angenommen  
Vorwerk 16.

### Deutscher Kaiser.

Gente Donnerstag Schlachtfest.

### Mücht. Arbeiter als Kesselheizer

stellt ein Dampfhammer Jetschke.

### Güldte Blätterin

für einige Tage besucht  
**Aelteres Fräulein,**  
zeitweise lebend, sucht Pension bei einzelner Dame oder in kleinen ruhigen anderen Haushalt mit Familienanschluss. Gest. Offerten mit Preisangabe unter S H 6 an die Exped. d. Bl. erbeten.



**Teppiche, Gardinen, Läufer, Decken,**  
**Linoleum-Rollenware, Linoleum-Teppiche und -Läufer**  
 zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen empfiehlt  
**Otto Dobkowitz, Merseburg, 11 Entenplan 11.**

**Knochenbildendes Nahrungsmittel**  
 für Kinder erhält man aus Milch, Zucker und

**Dr. Oetkers Puddingpulver**

Für den wachsenden Körper sind in erster Linie  
 Kalziumphosphate notwendig weil aus ihnen das Knochengewebe  
 aufgebaut wird.

**Dr. Oetkers Puddingpulver** erhält einen  
 Zusatz von phosphorsäurem Kalk. Im Jahre 1893 wurden  
 allein 10 000 Kilogramm phosphorsaurer  
 Kalk dafür verbraucht.

**Achtung! Casino—Merseburg. Achtung!**  
 Sonnabend den 16. April



kommen die berühmten  
**Leipziger Humor-Sänger,**

welche nur in erstklassigen Etablissements und Stadttheatern mit  
 Besondere Erfolg konzertieren.

8 Sänger, 8 Humoristen, 8 Schauspieler, 8 Instrumentalisten.

U. a.: Auftreten des Pistonvirtuosen Herrn M. Siebert als  
 Stabstrompeter. Herr Zanotti Damenimitator? vom Stadttheater Riga.

Wer lachen will, komme. Niemand veräume dieses Konzert.

Einlaß 7 Uhr.

Jede Nummer ein Schläger.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Kassa 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. bei Herrn Kaufmann Schurig, Obere  
 Breite Str., Herrn Altendorf, Kl. Ritterstr., Herrn Dorn, Markt, und im Casino.

**Hahn im Korbe**

Ist bei allen Hausfrauen die  
 Spezial-Margarine-Marke

**Solo**

Sie kommt in jeder Beziehung allerfeinster  
**Butter**  
 gleich, ist jedoch bedeutend billiger.  
 Man versuche auch die Delikatess-Margarine

**Rheinperle**  
 den beliebten Butter-Ersatz  
 der feinen Küche!

Allein. Fabrikanten: HOLL. MARGARINE-WERKE  
 JURGENS & PRINZEN, G. m. b. H., GOCH (Rhld.)

Nachdem Herr Hermann Pfantsch in Merseburg die Spezial-  
 Agentur unserer Gesellschaft für Merseburg und Umgegend infolge  
 Verzuges niedergelegt hat, haben wir mit deren Verwaltung

Herrn Kurt Ritter, Bankdirektor in Merseburg,  
 betraut, was wir hiermit zur Kenntnis bringen.

Magdeburg, im April 1910.

Die General-Agentur  
 der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.  
**Hans Spott.**

Auf vorstehende Annonce Bezug nehmend, empfehle ich mich  
 zur Entgegennahme von Anträgen auf Versicherung gegen Schäden  
 durch Feuer und Dampfkessel-Explosionen, sowie Einbruch-Diebstahl  
 und bin zur Erteilung jeder gewünschten Auskunft gern bereit.

Merseburg, im April 1910.

**Kurt Ritter.**

**Dehnig-Weidlich Seife**

Beste für den Haushalt  
 sparsam und ergiebig im Verbrauch  
 schont die Wäsche.

**aromatisch**

Verkaufsstellen durch Placate kenntlich.

**Die Phonola**

das beste Instrument für persönliches Klavierspiel beurteilt  
 der Dichter Otto Julius Bierbaum in seinem Selbstbekennt-  
 nis: „Ich bin unmusikalisch, aber ich habe eine Phonola,  
 die mir täglich Freude macht.“

Alleinverkauf durch

**Albert Hoffmann, Halle a. S.,**  
 Pianomagazin am Riebeckplatz.

**Farben,  
 LACKE, PINSEL.**  
 STREICHFERTIGE  
**ÖLFARBEN.**

**Klebende Fußboden gibt es  
 nicht mehr!**

wenn Sie meine Fußbodengrundfarbe und  
 meine Pa. Fußbodenlackfarbe gebrauchen.  
 Vorrätig in 6 Farben. Aber Nacht hart  
 und mit hohem Glanz trocknend.

Sämtliche Farben  
 und Lacke für alle Zwecke.  
 Schablonen nur neue moderne Sachen in  
 größter Auswahl.

Pa. Leinölfirnis, Carbolineum, Gyps, Zement.

**Gotthardt-Drogerie**  
**Hermann Emanuel.**

Telephon 263.

**Salon- auch Bruch-Briketts**

sind vorrätig und werden auch ohne festen Abschluss zu Kon-  
 kurrenz-Preisen abgegeben.



**Brikettfabrik Lützkendorf** (Alte  
 Grube)  
 der Börsewitz-Rattmannsdorfer Braunkohlen-Industrie-Gesellschaft.

**Totalausverkauf  
 Brandt.**

Local muß in 3 Tagen  
 geräumt sein.

Siehe eine Zeilung.



Zur Bauarbeiter-Kritik.

Das zu späte Eingreifen der Reichsregierung in die Bauarbeiter-Kritik bedeutet der Hiesig-Dünckerse Arbeitersekretär Erkelenz in der neuen Nummer der „Hilfe“... Der Vermittlungsbuch der Regierung konnte... so schreibt er, „wenn überhaupt, in diesem Augenblick nur dann Erfolg haben, wenn man erkennen konnte, daß die ganze Autorität der Reichsregierung, womöglich unter Führung des Reichskanzlers dahinter stehe.“

Deutschland.

(Die Reichslandische Verfassungsreform.) Eine Wendung in der Rede des Staatssekretärs Fehren. Von v. Bulaeh, die er am 6. April im elsass-lothringischen Landesauschuß gehalten hat, legte die Annahme nahe, daß der Anstoß zur Reform von Straßburg ausgegangen sei. Nach Berliner Informationen der „Mittg. N. N.“ liegt die Sache jedoch anders. Der Entschluß, die Frage der Autonomie des Reichslandes endlich aus dem Zustande der Erörterungen zur Tat zu führen, ist in Berlin gefaßt worden. Kurz nach seiner ersten Reichstagsrede über Elfaß-Lothringen Anfang Dezember v. J. ist der Reichskanzler dem Kaiser ernsthaft näher getreten und hat die Zustimmung des Kaisers dafür gewonnen. Als der Statthalter Graf Wedel in den Tagen des Odensfestes Mitte Januar in Berlin weilte, hat der Reichskanzler eine damals viel beachtete Konferenz mit ihm gehabt. Am 14. März hat Herr v. Bethmann Hollweg im Reichstag die Reform angekündigt. Daß von altdeutschen Patrioten die stärksten Bedenken und Proteste gegen ein autonomes Elfaß-Lothringen erhoben werden, war zu erwarten. Wir glauben jedoch nicht, so schreibt der Berliner Korrespondent des zitierten Blattes, daß das Argument, die Erfüllung der Wünsche des Reichslandes sei eine Schwäche der Regierung und eine Gefahr für das Reich, einer ernsthaften Prüfung standhält. Gerade weil wir uns stark und sicher fühlen, können wir den Schritt tun. Dem in manchen Kreisen des Reichslandes vorhandenen Wunsch, die neue Staatsform möge republikanisch sein, wird freilich die Erfüllung verweigert bleiben. Es steht heute schon ganz unumwandelbar fest, daß die Verfassungsreform nur mit monarchischer Spitze zustande kommt und zwar so, daß der Deutsche Kaiser erblicher Landesfürst von Elfaß-Lothringen mit allen Rechten und Pflichten eines solchen sein wird.

(Eidesformel.) Die zweite sächsische Kammer stimmte einem Nachtragsgesetz zu, durch welches die Eidesformel von nun an in ihrem Schlußsatz gekürzt werden wird. Die Eidesformel wird in ihrem Schlußsatz künftig lauten: „Ich schwöre... daß ich nach bestem Wissen und Gewissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen habe.“ Die Einführung derselben Eidesformel ist, wie der sächsische Justizminister sagte, auch in der Reform der Strafprozessordnung geplant.

(Der Janusgauer soll sich opfern.) Aus dem Wahlkreis Elbing-Marien burg wird der „Dtsch. Tagesztg.“ geschrieben, daß der Bund der Landwirte den Hansa-Bund, auch „vaterländischer Wahlverein“ genannt, in jenem Wahlkreis nicht zu stärken brauche, so lange Herr v. Oldenburg zu kandidieren bereit sei. Wer diesen Herrn nur aus den Zeitungen kenne, der könne sich keine rechte Vorstellung von dieser fernwärtigen, ebenso temperamentvollen wie liebenswürdigen Persönlichkeit machen. „Allerdings ist bekannt, daß Herr v. Oldenburg sich nach den aufstrebenden parlamentarischen Kämpfen nach Ruhe sehnt, und ebenso bekannt ist, daß man schon seit Jahren mit mehreren Herren aus dem Wahlkreise zwecks Übernahme des Reichstagsmandats für Elbing-Marien burg verhandelt. Aber das ist im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ausführbar. Das Land kennt nur einen Kandidaten, und das ist Herr v. Olden-

burg. Will er die Sache des Landwirtebundes im Wahlkreise Elbing-Marien burg nicht gefährden, dann muß er sich opfern und wieder kandidieren. Seine Wahl ist trotz des Hansa-Bundes und der Schichau-Millionen mehr als gesichert.“

(Eine Versammlung unter freiem Himmel) hielten auch die Nationalliberalen am Sonntag im Kirchhof Kallowen, Kreis Uth, ab, nicht aber, um gegen das Wahlrecht zu protestieren, sondern weil, wie dem „Vol.-Anz.“ gemeldet wird, durch das Eingreifen des Bundes der Landwirte den Nationalliberalen und dem Deutschen Bauernbunde nahezu sämtliche Säle des Wahlkreises gesperrt sind.

(Gegen den Massenaustritt) im gegenwärtigen Augenblick wendet sich Karl Rautsky in der „Neuen Zeit“: „Ein Massenaustritt werde nur dann einen Erfolg haben, wenn seine Wucht so gewaltig sei, daß sie Arbeiterschichten mitreißt, die bei uns für einen Demonstrationstreik nicht zu haben seien, wie beispielsweise die Eisenbahner. Im weiteren Verlaufe des Streiks wendet sich Genosse Rautsky scharf gegen die von der Genossin Rosa Luxemburg vorgenommene Bezeichnung des ökonomischen Streiks mit dem Demonstrationstreik. Nehmen wir an, die Bergarbeiter streifen, um auf die Regierung und den Landtag wegen des Wahlrechts und gleichzeitig auf die Zechenbesitzer wegen der Verkürzung der Arbeitszeit einen Druck zu üben. In welcher Weise könne die eine dieser Bewegungen die andere fördern? Die Zechenbesitzer würden doch, wenn der Streik sie bedrängt, nur zu dem Zweck nachgeben, die Arbeiter wieder zur Arbeit zurückzuführen. Wenn aber diese weiterstreifen wollen, bis das Wahlrecht reformiert ist, welchen Zweck hätte es, ihre ökonomischen Forderungen zu bewilligen? Die Bezeichnung des allen Arbeitern gemeinsamen politischen Kampfes mit besonderen, für verschiedene Arbeitszweige verschiedenen gewerkschaftlichen Zielen böte ein Mittel, die einzelnen Arbeiterschichten von einander zu isolieren. Wie dadurch der Massenstreik als Mittel des Wahlrechtskampfes gestärkt werden soll, ist mir nicht ganz klar.“

(Aus den Kolonien.) Nach einer telegraphischen Meldung aus Dar es Salaam hat die Geographische der afrikanischen Zentralbahn Anfang April Kilometer 203 hinter Morogoro erreicht, somit Kilometer 409 hinter Dar es Salaam. Da schätzungsweise die Entfernung Dar es Salaam-Tabora mit 900 km angenommen wird, so werden wir in den nächsten Monaten die Nachricht erhalten, daß die Hälfte dieser einstweilen längsten deutschen Reichsbahn fertiggestellt ist.

(Kaiserliche Marine.) Der R.-P.-D. „Reich“ ist mit dem zur Entlassung kommenden Befehlshaber S. M. „Flußhül“, „Vorwärts“ auf der Heimreise am 10. April in Singapur eingetroffen und hat am 11. April die Reise nach Penang (Halbinsel Malakka) fortgesetzt. S. M. S. „Sperber“ ist am 9. April in Lüderichbucht eingetroffen und geht am 20. April von dort nach Kapstadt in See. S. M. S. „Voreley“ ist am 10. April in Haifa eingetroffen und geht am 12. April von dort nach Jaffa in See. S. M. S. „Planet“ ist am 11. April in Sydney eingetroffen, um dort bis Anfang Juni zu bleiben. S. M. S. „Kantius“ ist am 8. April in Kist eingetroffen und am 10. April wieder in See gegangen. S. M. S. „Möwe“ ist am 8. April in Glücksburg eingetroffen und am 11. April wieder in See gegangen. Die 1. Flotille ist am 9. April in Kiel eingetroffen. S. M. S. „Deutschland“ ist am 8. April von Kiel um Sagen herum nach der Nordsee gegangen. S. M. S. „Stuttgart“ ist am 8. April von Sonderburg über Kiel nach Helgoland gegangen. Die russische Jagd-„Standart“ sowie die Kreuzer „Aurora“, „Diana“, „Dleg“ und „Bogatyr“ haben am 10. April Kiel verlassen.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 12. April.) Der Reichstag nahm am Dienstag seine Verhandlungen nach der Osterpause bei ziemlich mäßig besetztem Hause und fast leeren Tribünen wieder auf. Präsident Schwering-Göhlke widmete zunächst den verstorbenen fortgeschrittenen Abgeordneten Dr. Herms und Dr. Dehnbach Nachrufe, die durch den überaus warmen und herzlichen Ton und die ehrende Würdigung der Verdienste der Verstorbenen angenehm auffielen. Dann trat das Haus in die Debatte ein. Auf der Tagesordnung stand zunächst der Gesetzentwurf über die revidierte Verner Lebensversicherung zum Schutz von Werten der Literatur und Kunst, durch den eine entsprechende Abänderung der inneren deutschen Gesetzgebung, soweit sie mit dem Verner Lebensversicherungsgesetz in Einklang stand, herbeiführt werden soll. Nach der Begründung der Vorlage durch den Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Bischoff gab Hr. Dr. Müller-Meinungen (Fortschr. Vpt.) dem Unmut seiner Freunde darüber Ausdruck, daß diese Vorlage so kurz vor Zoretschluß erst ein-

gebracht ist, so daß eine eingehende Beratung dieses wichtigen Gesetzes unmöglich geworden ist. Er wies auch auf verschiedene Mängel des Entwurfes hin und hob besonders hervor, daß in weiten Kreisen der juristischen und der literarischen Autoren die größte Unzufriedenheit mit der Sachverständigen-Kammer herrsche. Zustimmung dagegen äußerte er sich darüber, daß die Sachliste nicht auf 60 Jahre ausgedehnt werden soll. Die übrigen Parteien erklärten sich durch ihre Sprecher im allgemeinen mit der Vorlage einverstanden, wenn sie auch an der einen oder anderen Bestimmung etwas auszufehen hatten. Schließlich ging der Entwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern, wovon die erste Lesung der Vorlage, betreffend die Entlassung des Reichsgerichts, und die damit verbundenen Novellen, betreffend die Rechtsanwaltsordnung begonnen wurde. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Einführung des sog. Diffamitätsprinzips, d. h. daß nur Sachen bei denen Landgericht und Oberlandesgericht zu verschiedenen Entscheidungen gekommen sind, vor das Reichsgericht gebracht werden dürfen. Staatssekretär Dr. Bischoff begründete auch diese Vorlage und zwar mit dem Hinweis darauf, daß eine Entlassung des Reichsgerichts sich als unbedingt notwendig erweisen habe. Der Zentrumstag, Dr. Ritter äußerte eine Reihe von Bedenken gegen die Vorlage und insbesondere ergriffen ihm die Möglichkeit der Durchführung des Diffamitätsprinzips sehr auszufehen. Viel weiter in dieser Richtung ging der fortgeschrittene Abgeordnete Dr. Hübner, der mit großer Entschiedenheit für den Ausdruck und mit überzeugenden Gründen darlegte, daß die Reichsjustiz im Publikum und die hohe Anerkennung, die die deutsche Rechtsprechung überall findet, schwer beeinträchtigt werden würden. Auch eine Beeinträchtigung der Rechtsprechung der Oberlandesgerichte befürchtete er davon, weil die der Gefahr einer möglichen Überwindung ihrer Urteile einfach dadurch entgegen zu kommen, daß sie sich ohne weiteres dem künftigen Urteile einfach anschließen. Der fortgeschrittene Redner verlangte eine Verneinerung der sogenannten kleinen Mittel zur Entlassung des Reichsgerichts und stellte in Aussicht, daß seine Partei nur nach Befestigung ihrer sehr erheblichen Bedenken für die Vorlage eintreten würde. Dann wurde die Beratung abgebrochen. — Auf der Tagesordnung der Mittwochsitzung stehen die Wahl eines Schriftführers, Petitionen und die Befragung der Resolution über die Geringfügigkeit.

Abgeordnetenhause. (Sitzung vom 12. April.) Nachdem das Abgeordnetenhause die Wahlrechtsvorlage in der zweiten Ablesung angenommen (über die Verhandlungen berichtet unser Blatt), eröfnete man sich um 1/2 Uhr der Beratung des Elfaß-Lothringens. Man sprach über die wirtschaftliche Seite dieses Stats. Die Abg. Graf Moltke (F.), Wallenborn (Fr.) und Maceo (N.) wiesen auf die große Bedeutung einer Ermüdigung unserer Elterntarife für die gesamte Produktion Deutschlands hin. Ein Ausfall der Ermüdigungen würde durch eine höhere Spannpriemahme der Elfaß-Lothringens sehr bald wieder ausgeglichen werden. Elfaß-Lothringens Staatsabg. erklärte, daß heute schon ein sehr erheblicher Prozentsatz der Güter zu Ausnahmestarifen befördert würde. Diese Ausnahmestarife würden nicht am grünen Tisch gemacht, sondern nach Änderung der Tarifkommission. Man dürfe aber die Tarifermäßigungen nicht libertieren, sondern müsse auch Rücksicht nehmen auf die allgemeinen Staatsfinanzen. Dann verlas die Staatsabg. die Weiserberatung auf Mittwoch. Vorher werden einige kleinere Vorlagen beraten.

Das Herrenhause wird, wie schon gemeldet, über die Wahlrechtsvorlage am 15. d. M. verhandeln. Die Vorlage wird dann vom 18. ab von einer 21 gliedrigen Kommission beraten werden. Man nimmt an, daß diese ihre Arbeiten in drei bis vier Sitzungen beenden wird, so daß der schriftliche Bericht bereits am 25. verteilt werden und die Schlussberatung des Plenums am 27. oder 28. April stattfinden kann.

Provinz und Umgegend.

Halle, 13. April. Eine ganz besondere Auszeichnung ist dem Postdirektor Magnus Schulte vom Postamt 2 hier aus Anlaß seines Abtritts in den Ruhestand durch Verleihung des Charakters als Geheimere Postrat zuteil geworden. Der Genannte beehrte der Reichs Postverwaltung 46 Jahre an und hat dem hiesigen bedeutenden Postamt 2 24 Jahre vorgestanden. — Die Cansteinische Bibelgesellschaft blickt jetzt auf ein 200 jähriges Bestehen zurück. Sie wurde 1710 vom Freiherrn v. Canstein begründet zur Verbreitung der Bibel unter den Armen und Dürftigen, die ein Neues Testament für zwei Groschen erhalten sollten. Der Preis für die ganze Bibel wurde auf sechs Groschen festgesetzt. Die Anzahl hat bisher rund 8 Millionen Bibeln betragen.

Eilenburg, 12. April. Der Oberlehrer am Realgymnasium Professor Otto Berger und der Lehrer an der Stadtschule Julius Lieboldt feierten ihr 25 jähriges Lehrerjubiläum.

Mühlberg a. E., 13. April. Auf Veranlassung des Fischer-Vereins der Provinz Sachsen sind 20 000 junge Aale aus der Hamburger Fischzuchtanstalt nach hier gefaßt und in die Elbe eingeführt worden.

Weimar, 13. April. Im neuen Ehren-tafeln sind oder werden in diesen Tagen in unserer Stadt angebracht: eine für Schiller am Haupte 21 der Frauentorstraße, eine für den bekannten Schauspieler Ed. Genast, Kleine Leichgasse 21 und eine dritte für Ernst v. Willdenbruch am Haupte 3 der



Tiefurter Allee. Die Genannten haben in diesen Häusern teilweise gewohnt, Schiller in der Frauentorstraße 1787 bis 1789.

† Magdeburg, 13. April. Der hiesige Regierungspräsident hat 1000 Mark Belohnung für die Ergreifung des Genthiner Doppelmörders ausgelegt.

† Weimar, 12. April. Am letzten Sonntag hatten sich hier die Vertreter der linksliberalen Vereine im Großherzogtum Sachsen zusammengefunden, um über die Gründung einer föderalen Vereinigung zusammenfassenden Landes-Organisation zu beraten. Der Gründung einer Landesorganisation wurde zugestimmt. Sie soll den Namen „Fortschrittliche Volkspartei Sachsen-Weimar“ führen und ihren Sitz in Weimar haben. Dem in einigen Wochen voraussichtlich in Erfurt zusammenzutretenden Parteitag der sächsischen und angrenzenden preussischen Reichstagswahlkreise soll empfohlen werden, einen Ost- und einen Westbezirk zu bilden mit je einem Parteisekretär mit dem Sitz in Weimar und Gotha.

† Falkenberg, 12. April. Ein Kampf auf Leben und Tod fand bei den Reudorfer Roggengruben statt. Hier wurde der Arbeiter Spreiz, schon lange wegen Jagdvergehens gefucht, durch den Gendarmen Jendrowski verhaftet und mit Hilfe mehrerer Arbeiter geflüchtet. Auf dem Transporte legte sich der verwogene Verbrecher, der seine Fesseln zu lockern verstanden hatte, dem Gendarmen zur Wehr und entriß ihm den Revolver, um den Gendarmen zu erschlagen und sich zu befreien. Glücklicherweise war die Waffe gefehert. Es entspann sich zwischen den beiden ein Ringen, wobei Spreiz auch noch in den Besitz des Seitengewehrs des Gendarmen kam. Da gelang es Jendrowski, seinen Revolver wieder an sich zu raffen. Nach schneller Entfesselung befreite ein Schuß durch den Unterleib den Gendarmen von seinem gefährlichen Anfeindeten, der nach einigen Minuten verstarb. Während des Ringens waren die Fesseln des Anfeindeten gesprengt. Spreiz ist wegen Brandstiftung schon mit 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt gewesen.

† Wöttingen, 13. April. Ein Vogelschußgehilf von etwa vier Morgen Größe hat die Stabverwaltung in Wöttingen nach den Angaben des Ornithologen v. Berlepsch im Gentalen am Hainberg, oberhalb eines Baches, anlegen lassen.

† Wom Giesfeld, 12. April. Der Landwirt Apel in Birlungen (Kreis Borbis) war gestern nachmittags auf dem Felde mit Eggen beschäftigt. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat er die Egge während des Gehens hochgehoben, um sie zu reinigen. Hierbei ist ihm die schwere Egge auf den Hinterkopf gefallen. Ein Gegenstich drang ins Gehirn ein und verletzte die Schlagader. Der Verunglückte starb, ehe Hilfe gefast werden konnte, an der Verblutung.

† Altenburg, 13. April. Das Parabel-Luftschiff unternimmt im Laufe dieser Woche von Bitterfeld aus eine Fahrt nach Altenburg und wird hier für mehrere Stunden vor Anker gehen. Als Landungsplatz ist das Gelände an der Herzog Carl-Kaserne an der Leipziger Straße oder der Gertrudenplatz an der Allee in Aussicht genommen. Wahrscheinlich trifft das Luftschiff Freitag oder Sonnabend hier ein.

† Gera, 12. April. Das hiesige Krenatorium wird voraussichtlich zu Pfingsten eingeweiht werden. Der Stadtrat hat die Kosten für eine Einsegnung auf 25 Mk. für Einsegnung und auf 40 Mk. für jede Beiche von auswärts festgesetzt. Dazu treten die allenthalben üblichen Nebenkosten. Für Einsegnung wird sich eine Einsegnung nur um weniger teuer stellen wie eine Beerdigung.

† Leipzig, 13. April. Der Theaterdirektor Karl Waldemar, der mit einem Berliner Schauspielensemble im Theateraal des Hotels „Stadt Nürnberg“ zu Leipzig spielte, ist in Begleitung einer Dame, die er für seine Frau ausgab, städtisch geworden. Er führte in dem Schwanz „Die verdrießliche Welt“ von Aren und Laus eine Drehbühne vor und war noch verpflichtet, bis zum 1. Juni dort zu spielen. Seine Schauspielerei, denen er einen Brief hinterließ, hatte er bis zum 8. d. M. bezahlt. Diese befinden sich begrifflicherweise in verzeufler Lage und wollen einwilligen auf Teilung weiterzuspielen.

### Lokalnachrichten.

Merseburg, den 11. April 1910.

\*\* Zur Ausfpezzung im Baugewerbe. Da, wie bekannt, die in Berlin gepflogenen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baugewerbe nicht zu einer Einigung geführt haben, werden die organisierten Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter vom 15. April abends 6 Uhr an ausfpezzert. Hiervon wird auch Merseburg betroffen. Wie verlautet, sind es rund 250 Bauarbeiter, die hier am Freitag abend entlassen werden. Die nichtorganisierten Bauarbeiter arbeiten weiter. Wie anderwärts, so werden auch hier viele andere Betriebe, Lieferanten und Geschäftskreise von der Ausfpezzung in Mitleidenschaft gezogen.

\*\* Die hiesigen Schuhmachergehilfen sind in eine Lohnbewegung eingetreten und haben, da die Schuhmacher-Jungung als solche eine Tarifsetzung ablehnte, die Arbeit niedergelegt. Es sind etwa 20 Gehilfen, die hiervon betroffen werden.

\*\* Kreislehrerkonferenz. Sämtliche Lehrer und Direktoren der Euphorie Merseburg Land versammelten sich gestern unter dem Vorsitz des Herrn Kreislehrers Gobel zu einer Konferenz im „Herzog Christian“. Nach Eröffnung durch eine Ansprache, in der vor dem auch in Lehrkreisen überhandnehmenden Subjektivismus und Individualismus gewarnt wurde, hielt Herr Lehrer König-Kunze, der im vorigen Jahre einen von der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen in Halle veranstalteten Ausbildungskursus für Fortbildungsschullehrer mitgemacht hat, einen Vortrag über diese Schulen, die voraussichtlich, zunächst in den größeren ländlichen Gemeinden, obligatorisch eingeführt werden, und zwar sollen in diesem Bezirk zuerst die Gemeinden Schladebach, Sprengau und Frankleben in Aussicht genommen sein. Der Vortragende bezeichnete als Zweck dieser Schulen, zu der alle Jünglinge von 14—17 Jahren, die nicht eine Fachschule besuchen oder das Einführungszeugnis besitzen, verpflichtet sein werden, Erhaltung und Erweiterung des in der Schule Erlernten, Erziehung zu sittlich-religiösem Wandel und vaterländischer Gefinnung. Unterrichtsgegenstände werden sein: Angewandte Naturkunde, Wirtschaftswissenschaften, Deutsch und Rechnen. Die Methode soll sich von der Schule möglichst unterscheiden, das Prinzip der Konzentration soll mehr zur Geltung kommen. Nicht bloß eine Wiederholung, sondern Anwendung und Erweiterung des Gelernten soll erstrebt werden. Erwünscht ist ein anderes Lokal als das Schulzimmer. Da ein Hauptzweck der Veranstaltung die Erziehung der jungen Leute ist, darf es auch an Straß- und Zuchtmitteln nicht fehlen. Fortbildungsschülern ist der Besuch von Tanzveranstaltungen streng zu unterlagen. Meinungsverschiedenheiten bestehen noch darüber, ob die ländlichen Schulen ausschließlich zur besseren Vorbereitung auf den landwirtschaftlichen Beruf oder allgemein sittlichen und erzieherischen Zwecken dienen sollen. In der Besprechung äußerten sich die sämtlichen Redner in letzterem Sinne, da für die Berufsausbildung durch die landwirtschaftlichen Winterschulen bereits genügend gesorgt sei, und die Rücksicht auch auf andere Berufsarten in den meisten Gemeinden geboten sei. Nachdem noch Herr Pastor Kühn-Hoff-Creypan über die Einrichtungen im Königreich Sachsen berichtet hatte, wo auch die Mädchen zum Fortbildungsschulbesuch verpflichtet sind, einigte sich die Versammlung über folgende Sätze: 1. Die Einrichtung von Fortbildungsschulen in unserem Bezirk ist unzulässig. 2. Dieselben müssen obligatorisch sein. 3. Die Gemeinden sind durch Gesetz zur Einrichtung zu zwingen und staatlicherseits zu unterstützen. (Bisher werden die Einrichtungen nur geringfügige Kosten erwachsen.) 4. Auch religiös-sittliche Einwirkungen durch sich dazu bereit erklärende Geistliche sind zu wünschen. 5. Wenn möglich, ist das Schullokal zu vermeiden. — Abends berichtete Herr Pastor Würger-Frankleben über den im Jahre 1902 gegründeten von Jahr zu Jahr mehr aufblühenden Lehrentwicklungsverein und forderte zum Beitritt und tatkräftiger Mitwirkung auf, zu der in Hinblick auf die Jugend niemand zu geeignet sei, wie die Lehrer. Die Herren Kunze-Frankleben, Menz-Gesua und Arndt-Schladebach erklärten sich bereit, die Organisation in die Hand zu nehmen. Nachdem der Vorsitzende noch eine Reihe amtlicher Mitteilungen gemacht hatte, wurde die Konferenz geschlossen. Am sie schloß sich aber unmittelbar noch eine kirchenmusikalische Konferenz, in der Herr Holke-Köhlgen einen sehr besichtig aufgenommenen Vortrag über die Hebung des kirchlichen Gemeindegebetes hielt, der mancherlei aus der Provinz gewonnene feinsinnige Beobachtungen und wertvolle Fingerspiele brachte.

\*\* Internationale Ballonfahrt. Am 14. d. Mts. finden in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche Ballonaufstiege statt. Es steigen Drachen, bemannte oder unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Führer eines jeden unbemannten Ballons erhält, wie üblich, eine Bescheinigung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig brennt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet.

\*\* Gewerbevereins-Sitzung vom 9. April. Vorsitzender Vürgermeister Dr. Haack, Beisitzer G. Graulsen und Aug. Schmidt. Es lagte der Gärtnergehilfe Wieland gegen den Gärtnervereinsführer Schwarz wegen 31,50 Mk. rückständigen Lohn. Beklagter bestritt zunächst die Zuständigkeit des Gewerbevereins, seine Gärtner sei ein landwirtschaftlicher Betrieb. Das Gewerbegericht erklärte sich jedoch nach kurzer Beratung für zuständig, da dieser Gärtnerbetrieb vorwiegend gewerblicher Art sei. Der Klage lag folgendes zugrunde: Beklagter bemerzte eines

Tages, daß ein Wasserleitungsrohr zerbrochen war und machte dem Kläger darüber Vorhaltungen. Sie kamen in einen erregten Wortwechsel, in dessen Verlauf der Kläger sagte: Wenn es Ihnen recht ist, höre ich gleich morgen auf, worauf Beklagter antwortete: Das können Sie machen wie Sie wollen. Letztere Äußerung wurde auch von einem Zeugen bezeugt, worauf Beklagter nach dem H. B. zur Zahlung von 31,15 Mk. an den Kläger und zur Tragung der Kosten verurteilt wurde.

\*\* Merseburger Musikverein. Am Dienstag Abend hatten sich die Mitglieder des Musikvereins zum letzten diesjährigen Konzert, das durch eingetretene Ginderne in den Frühling hinein verschoben war, im Schloßgartenplatz versammelt. Viel Schönes und hohe Kunstgenüsse hat uns der Vorstand des Vereins schon im Laufe der Saison geboten und gerade dieser letzte Koncertabend brachte uns noch einen würdigen Abschluß durch die Gesangsvorträge der Konzertverein Fräulein Marie Schöpffer aus Braunshweig und die Klavierkonzerte von Herrn Josef Bembaur aus Leipzig. In Fräulein Schöpffers Vorträgen war eine Sängerin kennen, die mit großem Geschick, der eine ausgezeichnete Schöne verleiht, einen eben, vornehmigen Vortrag verbindet. Gleich in der ersten Arie bot sich ihr Gelegenheit, ihre Kunstfertigkeit im Akkordegefolge vorzuführen, während sie uns in den nachfolgenden Liedern ihre große Vielseitigkeit auf dem Gebiete des Vortrages bewies. Besonders erwünscht zu werden verdienen die Veder von Schubert „Brücken am See“, Schumanns „Der Frühling“, Brendels „Widder“ von Strauss und „Er ist's“ von Hugo Wolf, die sie in ihrer Eigenart vorzüglich aufzufassen verstand. — Herr Josef Bembaur hatte auf sein Programm die Maren Dramas, Schumann und Chopin gesetzt und so haben wir seinem Vortrag mit freudiger Erwartung entgegen. Josef Bembaur ist ein Meister am Klavier. Er hat sich nicht nur in der Technik, sondern auch in der Auffassung des Werkes an der inneren, feinsten Gedanken des Komponisten, die er dem empfänglichen Ohr des Hörers offenbart. Gerade die vom Künstler gewählten Werke, besonders die Fantastie von Schumann, stellen die höchsten Anforderungen an die Virtuosität, wohl ein Grund dafür, daß er sich nicht auf Konzertprogrammen beschränkt, sondern dankbarer sind wir Herrn Bembaur, daß er mit nie vergebender Sicherheit und klarer seine eminenten Taktik und sein brillantes Vortragsspiel, die ihm stets nur Mittel zum Zweck sind, in den Dienst der Kunst stellte und uns zu einem reinen und hohen Kunstgenuss verhalf. Brahms'sche Werke wiederzugeben, ist er wie kein anderer begabt; alle Großgiganten, die in Braunschweig, dichtete Bembaur beim Vortrage der Ballade „Jenseit der Rapsodie“ hat. In der Schumannschen C-dur-Fantastie brachte er die Doppelnatur des Meisters, der sich selbst mit zwei Namen, dem feinsinnigen, garten Genüßigen und dem fröhlichen Florentiner bezeichnet, vollendet zum Ausdruck. Auch der Vortrag Baroccos des Gismoll-Spreng und die große As-dur-Sonate von Chopin waren Meisterleistungen. Zum Schluß sprachen wir den Wunsch aus, Herrn Bembaur bald wieder im Merseburger Konzertsaal zu beglücken und zwar möchten wir seinen Spiel einmal an einem Kammermusikabend lauschen im Trio oder Quartett. S. 8.

\*\* Mit Bezug auf die in diesem Blatt kürzlich gegebenen Mitteilungen über das am 1. April 1910 in Kraft getretene neue Zivilprozeßverfahren sei für das „Verfahren vor den Amtsgerichten“ ergänzend bemerkt, daß zwar nach § 496 „die Zustellungen unbeschadet der Vorschrift des § 317 Abs. 1 von Amts wegen erfolgen“, daß aber nach § 498 „die Klage unbeschadet der Bestimmung im § 496 Abs. 3 erst mit der Zustellung an den Beklagten als erhoben gilt“. Die Erhebung der Klage erfolgt also nicht durch Einreichung an Gerichtsstelle, sondern durch Zustellung an den Beklagten, wie es auch bisher der Fall war. Zum Schutz eines etwaigen Fristablaufs bestimmt aber § 496 Abs. 3 „Soll durch die Zustellung ein Frist gewahrt oder die Verjährung unterbrochen werden, so tritt die Wirkung, sofern die Zustellung demnach erfolgt, bereits mit der Einreichung oder Anbringung des Antrags oder der Erklärung ein“. Es ist also von Bedeutung, Gewisheit darüber zu haben, ob „die Zustellung demnach erfolgt ist“. Die Zustellung der Urteile erfolgt nach der Vorschrift des § 317 Abs. 1 wie bisher auf Verreiben der Parteien.

\*\* Von dem Vater der kirchlich durch Selbstmord in der Saale gemachten unversetzt Gebhardt wird uns mitgeteilt, daß das Mädchen vor Jahren einen schweren Kopfsturz erlitt und seitdem an zeitweisen Geistesstörungen laborierte. In einer solchen ist auch die letzte verhängnisvolle Tat ausgeführt worden, da ein planloser Grund für diese Tat nicht vorliegt.

\*\* In eigener Sache. Das „Halle'sche Volksblatt“ hat sich in letzter Zeit wiederholt mit dem „Merseburger Korrespondenten“ beschäftigt und der hiesige Berichterstatter dieses Genossen-Organs versucht es, trotzdem er nach den letzten Stabivortragsnotizen wählen mit seinen öden Anspielungen einen gründlichen Reinsfall erlitt, immer wieder mit uns anzubandeln. So hat er auch kürzlich unsere Kritik des nächsten Tages, den die Genossen in der ersten Abendstunde von der hiesigen Kaiserhalle aus in die Stadt unternommen hatten, in der bei ihm üblichen Gassenjungenmanier bemängelt, wodurch er allerdings wieder bewies, daß er den Unterschied zwischen einem Demonstrationszuge bei Nacht und einem solchen bei Tage, wie er z. B. in Berlin in die Erscheinung getreten war, nicht zu machen verstand. Aber es müßte, weil wir die Berliner in Schutz genommen, die hiesigen Genossen aber wegen ihres nächsten Parademarsches getadelt haben, darüber geklärt werden. Die jüngsten Ereignisse haben uns übrigens völlig gerechtfertigt und auch die Merseburger Genossen scheinen für das Anpassen nächstlicher Stübchen etwas mehr Verständnis zu haben als ihre



schreibseliger Vertreter im sozialdemokratischen Leis-  
 oder, denn sie haben die Massenparagänge bei  
 nachschlafender Zeit seitdem hübsch unterlassen. Jüngst  
 hatten wir nun, wie sich unsere Leser erinnern werden,  
 eine im „Voll. Volksbl.“ erschienene sozialdemokratische  
 Gemeindevorstandsstatistik unter die Lupe ge-  
 nommen, weil in derselben u. a. Merseburg mit  
 zwei sozialdemokratischen Gemeindevor-  
 tretern verzeichnet steht. Da dies nach der  
 Ungültigkeitserklärung der letzten Stadtverordneten-  
 wahlen den Tatsachen widerspricht, war die von uns  
 gebrauchte Bezeichnung „Fünferlei“ doch wohl am  
 Platze. Dem Volksblatt ist es nun jedenfalls höchst  
 unangenehm, daß wir die offensichtlich falsche Bezeichnung  
 öffentlich übergeben haben und es schimpft wieder  
 ein Hamburger Fischweib. Dabei kann es das  
 Genossenorgan aber nicht unterlassen, von neuem  
 Fünferleien aufzuführen. Es schreibt nämlich: Wenn  
 für Merseburg zwei Mandate eingestellt sind, so ist dies  
 gefahren, weil uns — dem Volksblatt — die Merseburger  
 Genossen ühere Angaben über den Wahlprotest usw.  
 nicht machten. Die Vertreter sind gewählt und werden  
 bei einer eventuellen (!) Ratsifizierung auch wiederge-  
 wählt. (?) — Mit diesen Worten hat sich das Volksblatt,  
 wie schon so oft, selbst belogen. Denn sowohl über  
 den Wahlprotest, wie auch über die Ratsifizierung der  
 hiesigen Stadtverordneten-Mandate hat das Volksblatt  
 f. B. ausführlich berichtet. Vielleicht unterziehen  
 sich die Herren der Redaktion einmal der Mühe  
 und frischen ihr mangelhaftes Gedächtnis über  
 das, was sie geschrieben haben, wieder etwas  
 auf, damit sie nicht in die Lage kommen,  
 sich selbst bei ihren eigenen Genossen lächerlich zu  
 machen. Denn die geführte Notiz ist ganz dazu an-  
 getan. Für uns ist die Entgegung des Volksblattes  
 nur wieder ein Beweis, daß diesem Organ der Begriff  
 von Wahrheit und Ehre anscheinend vollständig ver-  
 loren gegangen ist.

**Aus dem Merseburger und benachbarten Kreise:**

§ Aus dem Kreise Merseburg, 12. April. Im Monat März sind neu begn. wiedergewählt und  
 bestätigt: Ortsrichter Weichmann in Wilschdorf,  
 Ortsrichter Hauptmann in Weißitz, Schöppe Gün-  
 ther in Schandorf, Schöppe Fischer in Dornau,  
 Schöppe Krützen in Weßmar, stellvertretender Gutsvor-  
 stand Hubert in Weißitz, stellvertretender  
 Gutsvorstand Krummel in Gr. Görden und stell-  
 vertretender Gutsvorstand Krummer in Weißitz.

§ Freyburg, 12. April. Gestern fand die  
 Einführung unseres neuen Superintendenten,  
 Oberpastors Riemschneider, durch General-  
 superintendenten Jacobi-Magdeburg statt. Dieser  
 legte der Predigt die Bischofliche St. Joh. 8, 31, jener  
 1. Korinther 3, 11 zu Grunde.

**Wetterwarte.**

Vorausichtlich Wetter am 14. April: Etwas  
 kühleres, zeitweise heiteres, meist wolfiges bis trübes  
 Wetter mit Niederschlägen. — 15. April: Noch  
 kühleres, abwechselnd heiteres und wolfiges Wetter  
 mit etwas Niederschlägen in Schauern; wieder Nach-  
 frost und Reif.

**Vermischtes.**

\* (Schiffsunfall bei Dresden) Ein Lotsenfahrzeug  
 ist mit einem auf der Fahrt von Löwen nach Döber-  
 benitzlichen Dampfboot zusammengefahren und gesunken.  
 Neun Mann seiner Besatzung sind ertrunken.  
 \* (Folgen schwerer Bootsunglück.) Aus  
 St. Orlitz (Sachsen) wird telegraphiert: Das Lotsen-  
 boot „Gironelle“ ging auf der Höhe des Kap Friesel unter.  
 Fünf Mann ertranken.  
 \* (Die Berliner Militärentwickler) haben die  
 Arbeit wieder aufgenommen, obwohl sie die Erfüllung  
 ihrer Forderungen nicht erreicht haben.  
 \* (Bei einem Automobilunfall) im Grun-  
 wald bei Berlin wurde am Dienstag nachmittag die Gattin  
 des Militärs a. D. Fahrnhöls aus Western getötet.  
 \* (Ein eigenartiger Fall von Gasver-  
 giftung) hat sich zu Köpenick in Bornum ereignet.  
 Der Schneidermeister Brusch wurde Dienstag früh im  
 Bette tot, seine Frau rückend angefunden. 80 Meter  
 vom Hause war das Gasrohr gebrochen, und das Gas  
 strömte durch die Kanalisationsröhre in das Haus ein,  
 wodurch der Unglücksfall herbeigeführt wurde. Am dem  
 Aufkommen der Frau wird gesehelt.  
 \* (Ein Gruenunglück) ereignete sich Dienstag  
 früh auf der Höhe der Wilschitz. Hier stürzte sich  
 während der Beförderung der Bergbahn des Förder-  
 forbes. Von vier Leuten, die in den Schacht stürzten,  
 wurden zwei getötet und zwei verletzt.  
 \* (Schwerer Automobilunglück.) Auf der  
 Straße zwischen Sambor und Durla überzog sich ein  
 Automobil und stürzte, wie dem „Lot. Ans.“ gemeldet wird,  
 in einen tiefen Graben; drei Insassen wurden tödlich  
 und einer leicht verletzt. Die Namen der Verunglückten  
 sind noch nicht bekannt.  
 \* (Ein Raumbombenverstoß in Breslau.) Die  
 78jährige erblindete Mutter des abwesenden Barbiers  
 Kasper in der Sternstraße wurde nachts beim Betreten  
 des Barbierladens überfallen, gemüht und lebensgefähr-  
 lich verletzt. Der 19jährige Barbiergehilfe Dietrich  
 wurde mit leichter Kopfverletzung aufgefunden. Die Nach-  
 forschungen führten zur Verhaftung Ditters, der den  
 Ueberfall selbst ausgeführt hat.  
 \* (Eine Kesselexplosion), die einen Brand ver-  
 urachtete, erfolgte Sonntag abend in der Höhe des Wäschhof  
 bei Königsberg an Bord des Motorboots „Concordia“ aus  
 Götting. Die an Bord befindlichen acht Personen sprangen  
 zum Teil mit trennenden Rändern in den Brezel. Sie  
 wurden sämtlich von einem vorüberfahrenden Dampfer  
 gerettet.  
 \* (Brandschaden auf dem Rosener Haupt-  
 bahnhof) Nach amtlicher Mitteilung entzündeten sich  
 Sonntag nachmittag um 4 Uhr auf dem Hauptbahnhof  
 in Polen die zwischen Gleis 66 und der Hauptmerkschleife  
 gelegenen Schmelzöfen. Es verbrannten etwa 600  
 neue eiserne Schmelzen, desgleichen sind sechs Güterwagen  
 verbrannt. Der Schaden beträgt 80 000 bis 40 000 Mk.  
 Die Ursache des Brandes ist noch nicht festgestellt, der  
 Betrieb ist nicht gestört.  
 \* (Durch die vorzeitige Explosion einer  
 Sprengladung) bei den Aufschachtungsarbeiten für  
 einen Bahnhofs wurden sechs Arbeiter in Draz 14 Erd-  
 arbeiter zerschmettert.  
 \* (Gegen den Freiloch gefahren) ist am Son-  
 tag auf Bahnhof Stralund der planmäßig um 2 Uhr  
 84 Min. nachmittags einsteigende Personenzug 321 von  
 Paderborn entgegen in Folge zu später Bremsbedienung.  
 Hierbei entgleiste die Lokomotive mit den drei vorderen  
 Waggons. Drei Personen sind verletzt. Materialschaden  
 unerschöpflich. Betrieb nicht gestört.  
 \* (Einbrüche in Jagdhütten.) In sämtlichen  
 dem Großherzog Franz Ferdinand gehörigen Touristen-  
 und Jagdhütten im Salzburgerischen wurde eingebrochen.  
 In der Hütte am Torunoch fand man einen Fettel, auf  
 dem es hieß: „Einen Hirsch (Waidender) geschossen. Vier  
 Hähne singen und sind abgehauen.“  
 \* (Wahlstrich mit seinem Jagdgewehr er-  
 schossen) hat sich Sonntag früh in Grünhagen bei  
 Marienburg der Gutbesitzer Wehrens. Als er morgens  
 auf die Jagd gehen wollte, machte er sich auf seinem  
 Zimmer mit seinem Gewehr zu schaffen. Dabei gingen beide  
 Schäfte los und trafen ihn so unglücklich, daß er tot zu-  
 sammenbrach.

**Neueste Nachrichten.**

Berlin, 13. April. Bei der gestern erfolgten  
 Erbschaft für den 6. Berliner Landtagswahlkreis  
 wurde der Sozialdemokrat Hoffmann mit  
 416 gegen 18 Stimmen gewählt. Die Freisinnigen  
 hatten Wahlenthaltung proklamiert.  
 London, 8. April. Aus Kairo wird gemeldet:  
 Gestern patrouillierte die gefamtebritische  
 Garnison durch die Straßen der Stadt.  
 Die Wirkung auf die erregte Bevölkerung war vorzüglich.  
 Die Maßregel soll so lange wiederholt werden, bis sich die  
 gegenwärtige Woge des Fanatismus wieder gelegt hat.  
 Berlin, 13. April. Die gestern zwischen den Ver-  
 tretern der Arbeitgeber und den Bauarbeitern  
 der Maurer und Baugewerkschafter erneut be-  
 gonnenen Verhandlungen dauerten fast sechs Stunden  
 und wurden erst gegen 10 Uhr abends beendet. Ein  
 endgültiges Ergebnis konnte einhellig nicht erzielt werden.  
 Inzwischen sind Ausperrungen weiterhin verhängt in  
 Danzig, Dresden, Königsberg, Bielefeld, Magde-  
 burg, München und Plauen. In Bonn scheint es  
 nicht zu einer größeren Ausperrung zu kommen.  
 Nürnberg, 13. April. Der Leiter einer hier ent-  
 deckten falschen Münzwerkstatt ist ein früherer Schuh-  
 mann. Er hatte falsche Ein-, Zwei- und Fünfmarkstücke  
 veräußert.  
 Innsbruck, 13. April. Der Ballon „Salzburg“  
 ist gestern wiederholte Fahrt bei Ausflügen gelandet.

**Berliner Getreide- und Produktienbörsen**

Berlin, 12. April.  
 Weizen rot. 225.00—237.00 Mark.  
 Roggen rot. 155.00—166.00 Mark.  
 Hafer rot. 170.00—180.00 Mark, mittel 162.00 bis  
 169.00 Mark.  
 Weizenmehl 50 bis 27.00—30.00 Mark.  
 Roggenmehl 50 bis 18.80—19.90 Mark.  
 Gerste rot. 188.00—148.00 Mark, do. (sogen. fest)  
 Wogen und ab Wogen 144.00—152.00 Mark, do. rot, fest  
 Wogen 180.00—184.00 Mark.  
 Weizenkleie grob netto opt. Sac ab 11.50 bis  
 12.25 Mark, do. fein netto opt. Sac ab 11.50 bis  
 12.25 Mark.

**Produktenbörse in Leipzig**

am 12. April.  
 Weizen Hauptart. Gerste, Bran-  
 inländisch, 217—223 kg. B. gef., 165—175 kg. B.  
 Argentin. 238—246 kg. B. feinste über Platt  
 russischer 238—244 kg. B. Saal-G. 171—184 kg. B.  
 Gans. — — — — — feinste über Platt  
 — — — — — Weizen u. Futterm. 125 bis  
 163 kg. B.  
 Roggen rot inländisch, 154—159 kg. B. Hafer rot in  
 ausländ. 157—161 kg. B. inländisch, 165—171 kg. B.  
 — — — — — feinstes über Platt.  
 Weizenkleie in Leipzig am 12. April. (Mit-  
 teilung der Müller und Weizenhändler von Leipzig und  
 Umgebung.) Weizenmehl Nr. 00 81.50 Mark. Roggen-  
 mehl Nr. 01 28.00 Mark. pro 100 kg.

**Reklameteil.**

Nun bleibt mir gefälligst einmal vom Geiße  
 mit all dem haben Zeug, das mit gründlich den  
 Wogen verbrochen hat, ohne gegen meinen Klarsicht  
 mittels zu helfen. Jetzt will ich Sobener haben —  
 aber daß mir auch die letzten von „Fay“ ge-  
 bracht werden. Man über's überall, daß die mit so  
 einem Klarsicht in Hundsbreden aufzäumen und  
 nebenbei auch für Wogen und Darm eine Substanz  
 sind. Jays läßt Sobener gibt's in Apotheken  
 Drogerien zc. für nur 85 Pfg. pro Schachtel.

**Anzeigen.**

Ist dieser Teil übernimmt die Redaktion dem  
 Substant gegenüber keine Verantwortung

**Familiennachrichten.**

Für die uns anlässlich unserer  
 Vermählung erwiesenen Aufmerk-  
 samkeiten sagen hiermit verbind-  
 lichen Dank

**Paul Thomas und Frau  
 Marie geb. Fiedner.**

Für die vielen Beweise der Liebe und  
 Teilnahme bei dem Begräbnis unserer  
 teuren Entschlafenen, der Witwe

**Therese Schmidt,**  
 sagen wir unseren herzlichsten Dank.  
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Verleser des Feuerungsmaterials  
 für die hiesigen Anstalten an Preßkammern  
 und Breiterei soll vergeben werden.  
 Interessenten werden aufgefordert, ver-  
 schlossene Offerten bis

**Sonabend des 16. April 1910,  
 nachmittags 4 Uhr,**  
 in unserem Gewerbe-Bureau,  
 Rathaus 2 Treppen,  
 einzureichen.

Zur Öffnung der Offerten haben wir  
 Termin auf:

**Sonabend des 16. April 1910,  
 nachmittags 5 Uhr,**  
 im unteren Rathaus-Saale  
 anberaumen.

Die Erstellung des Zuschlages, auch in  
 einzelnen Losen, behalten wir uns vor und  
 erfolgt dieselbe innerhalb 8 Tagen.  
 Merseburg, den 8. April 1910.  
 Der Magistrat.

Der **OXO** Bouillon-Würfel **Liebig**  
 liefert schnell und bequem  
 eine Tasse bester Fleischbrühe.  
 Preis nur 5 Pfg.

**Angebot.**

Von der Hinterlegungsstelle bei der  
 königlichen Regierung in Merseburg ist das  
 Angebot folgender Massen beantragt  
 worden:

1. Witwe Heinemannsche Hypothekensumme  
 von 112.50 Mark Kapital und 27.50  
 Mark Zinsen, hinterlegt durch die ver-  
 wittete Christiane Karoline Heinemann  
 geb. Weßling in Naumburg am 3. Dec.  
 1879 für die Erben des verstorbenen  
 Kaufmanns Wilhelm Traugott Hei-  
 mann in Naumburg.
2. Schöber und Hirschberg gegen Käu-  
 fmann, Streitsumme von 28.00 Mark  
 Kapital, hinterlegt am 16. Dezember  
 1879 durch den Gerichtsvollzieher  
 Schöbe in Freyburg als Versteigerungs-  
 erlös.
3. Weßmann u. Siebert gegen Noack,  
 Streitsumme von 6.65 Mark Kapital,  
 hinterlegt am 10. Januar 1880 durch  
 den Handelsmann Gustav Gröbe in  
 Schönevalde wegen Ungewißheit des  
 Eigentümers.
4. Nob. John Grundentschädigung von  
 61.19 Mark Kapital und 11.69 Mark  
 Zinsen, hinterlegt am 24. Januar 1880  
 bezw. 16. Oktober 1883 durch den  
 königlichen Preussischen Gesandtschafts-  
 rat für die Erben des Nob. John sowie  
 dessen Gattin Wägelmine geb. Jahn-  
 in Sandersleben.
5. Webe gegen Krieh. Streitsumme von  
 38.82 Mark Kapital und 7.50 Mark  
 Zinsen, hinterlegt am 5. Februar 1880  
 bezw. 12. März 1880 durch die Kreis-  
 Steuerkasse zu Coburg. Empfangsbe-  
 rechtigt sind der Oberbürgermeister  
 a. D. Geh. Regierungsrat Kriehfeldt  
 in Kroppan und der Malzfabrikant  
 Theodor Gustav Webe zu Coburg.

Alle Beteiligte werden aufgefordert,  
 ihre Ansprüche und Rechte auf die auf-  
 getragenen Massen spätestens in dem auf den

**28. Juni 1910,  
 mittags 12 Uhr,**

vor dem königlichen Amtsgericht in Merse-  
 burg, Poststraße 16, Zimmer Nr. 19, an-  
 beräumen. Angebotstermine anzumelden,  
 widrigenfalls ihre Anträge mit ihren  
 Ansprüchen gegen die Staatskasse erfolgen  
 wird.

Merseburg, den 6. April 1910.  
**königliches Amtsgericht** Abteilung 1.

In ruhiger Lage (Schulter) 1. Stage  
 zu vermieten und sofort oder später zu be-  
 ziehen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

In unserem neuverkauften Hause ist  
 eine freundliche Wohnung sofort zu be-  
 ziehen

**Eine Wohnung,**  
 2 Stuben, Schlafkammer, Fremdenstube  
 und Zubehör, für 300 Mk. sofort zu ver-  
 mieten und event. 1. Mai zu beziehen  
**Obere Breite Straße 5.**

**Eine Barriere-Wohnung,**  
 3 Zimmer, Küche und Badeeinrichtung,  
 zum 1. Juli zu beziehen  
**Langheller Straße 16.**

**Wohnung** zu 800 Mk. zu vermieten  
 und 1. Juli zu beziehen  
**Reuben Luisenstraße.**

Freundliche Wohnung zu vermieten und  
 1. Juli zu beziehen  
**Santenbergrasse 10.**

**Hofental Nr. 9**  
 ist eine Wohnung per 1. Juli zu vermieten.  
 Näheres beim Vermöter **Kantel.**

Wohnung im Preise von 40—50 Tm.  
 gesucht. Offerten unter **N P** an die  
 Exped. d. Bl.

**6—8000 Mark**  
 werden auf ein Geschäftshaus (innerhalb  
 Brandhof) als 2. Hypothek sofort ober  
 später gelinst. Offerten unter **B 100** an  
 die Exped. d. Bl.









# Korrespondent.

**Abonnementspreis** vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.  
Der Korrespondent wird vierteljährlich am 1. April, 1. Juli, 1. Oktober und 1. Januar ausbezahlt. Die Abbestellung muss spätestens 10 Tage vor Ablauf des Quartals bei der Geschäftsstelle erfolgen. Die Rücksendung des Korrespondenten erfolgt kostenfrei. Die Abbestellung muss schriftlich erfolgen. Die Geschäftsstelle ist in Merseburg, Postfach 100.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
1. sächs. Mus.-Unterhaltungsblatt  
2. neuest. Romane und Novellen.  
3. sächs. landwirtsch. u. Handelsbeil.  
4. mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Beilagenzahl aber beim Raum für Merseburg und Umgebung 10 Pf., zweite Beilagenzahl 25 Pf., ab der dritten zum halben Preis. Im Restlichen 40 Pf. Bei langjährigem Satz entsprechende Ermäßigung. Bei Beilagenzahl nach Vereinbarung. Für Wochenanzeigen und für den Monatlichen Monatspreis nach Vereinbarung. Bei langjährigem Satz entsprechende Ermäßigung. Bei langjährigem Satz entsprechende Ermäßigung. Bei langjährigem Satz entsprechende Ermäßigung.

Nr. 86.

Donnerstag den 14. April 1910.

36. Jahrg.

## Die zweite Gesamtabstimmung über die Wahlrechtsvorlage

brachte am Dienstag im Abgeordnetenhaus bei voller Beteiligung unerwarteterweise noch eine längere und heftige Debatte. Sachlich wurde an dem Resultat der ersten Gesamtabstimmung nichts geändert. Es ergab sich aber, daß alle Zwischenhandlungen die Gegnerparteien nicht gemildert, sondern eher verschärft haben. Die Nationalliberalen blieben bei ihrer Ablehnung, die Freikonserverativen ebenfalls, während Konserverative und Zentrum unverändert bei ihrer Zustimmung verblieben. Die Haltung der übrigen Parteien war selbstverständlich. Für die fortschrittliche Volkspartei sprach der Abg. Cassel, der knapp und klar die prinzipielle Haltung der Partei herausmeißelte und die Forderung des Reichstagswahlrechts auch für Preußen mit Nachdruck erhob. Die Regierung hielt sich — bis auf eine kurze Detailerklärung — in Schweigen. Nur Herr v. Moltke, aber nicht Herr v. Bethmann Hollweg war erschienen.

Der Tag begann mit kurzen Erklärungen. Der Kampf begann erst, als der nationalliberale Führer Friedberg in der Debatte nach den Unabwägbarkeiten eine Einreicherung der Industrie des Westens" erließen zu müssen erklärte. Die Zentrumskreise Herold und Bell griffen das Wort mit demagogischer Gewandtheit auf und warfen den Nationalliberalen Parteisüchtelei vor, worauf Friedberg und Schiffer dem Zentrum mit gleicher Münze dienten. Der große Kampf um ein besseres Wahlrecht wurde dadurch auf ein recht niedriges Niveau herabgedrückt, auf das Niveau der nackten Wahlrechtsfrage. Demgegenüber leuchtete der prinzipielle Standpunkt der fortschrittlichen Volkspartei scharf hervor. Herr v. Jedlich entseelte ebenfalls Scharfe, als er behauptete, daß die jetzige Majoritätsbildung dahin wie, daß das politische Schwerkraft von den Konserverativen auf das Zentrum übergehe. Die Sozialdemokraten Borgmann und Peiner nahmen sich von ihrer Seite aus ebenfalls des Zentrums besonders "liebvoll" an. Zum Schluß gab es noch eine stürmische Geschäftsordnungsdebatte, da die Konserverativen mit Mithilfe des Zentrums durch einen bedenklichen Trick die Spezialdiskussion überhaupt verhinderten. Die Linie von Friedberg bis Ströbel war einzig in der Zurückweisung dieses Vorgehens, das, wie die Abgeordneten Fischel und Müller-Berlin mit Schärfe hervorhoben, eine Anhebung der Rechte der Minderheit darstellte.

den jetzt in Geltung befindlichen kommunalen Zuwachsteuergeetzen. Verleitet soll der unerdiente Gewinn werden, der Gewinn also, der nicht aus der Arbeit eines einzelnen, sondern aus Einrichtungen der Kommunen und des Staates erzielt wird. Aus diesem Grunde sollen auch beide Faktoren am Gewinn teilnehmen. Ein gewisser Prozentsatz der Wertsteigerung soll indes von der Besteuerung freibleiben. Die Interessen der Gemeinden werden in dem Entwurfe voll gewahrt. Während im allgemeinen das Recht der Steuererhebung den Kommunen vorbehalten bleibt, sind für das platte Land Sonderbestimmungen vorgesehen und hier als Erhebungsstellen die Kreise gedacht, die schon heute nach dem kommunalabgabengesetz berechtigt sind, die Wertzuwachssteuer als Kreis kommunalabgabe einzuführen.

Die Gründe, die dahin geführt haben, eine Wertzuwachssteuer auf Mobilien nicht einzuführen, sind die folgenden: Eine solche Steuer würde für den Verkehr eine untragbare Last sein, den Verkehr lähmen und die Volkswirtschaft stark schädigen. Das ausländische Kapital würde ferngehalten, das deutsche Kapital ins Ausland getrieben werden. Die ausländischen Börsen würden diese Konjunktur geschäft benutzen, und der deutsche Börsenstempel würde einen Rückgang aufzuweisen haben. Auch die deutschen Renten würden unter diesen Umständen vom deutschen Publikum vernachlässigt, dagegen das Interesse an ausländischen Renten gesteigert werden. Dies könnte zurzeit für unsere Anleihen, die an und für sich schon an Kursrückgängen litten, sehr verhängnisvoll werden. Die Mehreinnahmen an Wertzuwachssteuer würden die eintretenden Verluste nicht kompensieren können. Dazu kommt, daß die Kontrolle bei den Mobilien viel zu schwierig ist, die Hinterziehung könnte gar nicht wirksam verhindert werden. Selbst die dauernde Verbindung jeder Schlussnote mit dem Wertpapier würde nicht zuzulassen und mit zu großen Umständenlichkeiten verknüpft sein. Schließlich würde eine solche Zuwachssteuer auch im Reichstage auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen.

Vor der Bundesratsitzung hielten die vereinigten Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, für Justizwesen und für Rechnungswesen, die vereinigten Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen Sitzungen ab.

## Aus dem Ovamboland.

Von geschätzter Seite wird der „Deutschen Kolonialzeitung“ geschrieben:

Im Ovamboland scheinen sich, nachdem seit der militärischen Expedition der Portugiesen im Jahre 1907 alles ruhig geblieben ist (natürlich abgesehen von den nie störenden Raubzügen der Kuanjamas), jetzt auf neue Unruhen vorzubereiten, die jedoch mit dem kürzlich gemeldeten Tode des Häuptlings Nita vom Kaulusi-Stamme (westliches deutsches Ovamboland) und des Bruders des Häuptlings Nande, Hamalu, von Kuanjama-Stamme (östliches Ovamboland, vier Fünftel portugiesisch, ein Fünftel deutsch) nichts zu tun haben. Vielmehr sind jene Unruhen bei den unmittelbar an der deutschen Grenze liegenden portugiesischen Ovambos durch rücksichtslose Erhebung der Hüttensteuer seitens der von den Portugiesen damit beauftragten und auf dem Mossamedes-Hochlande seit langen Jahren ansässigen Buren entstanden, die bei der Pflanzung Vieh, den Hauptbesitz der Ovambos, wegtrieben und verkauften, was die Eingeborenen um so fühlbarer traf, als sie durch militärische Expeditionen, Anlage von zu verproviantierenden Militärstationen, außerordentliche Dürre usw. ohnehin zurzeit einen schweren Stand haben. Das Gouvernement von Windhof hat, wie bekannt, schon seit einem Jahre die deutschen Ovambos durch Abgabe von Lebensmitteln auf Verantwortung der deutschen und sinnlichen Missionare unterstützt.

In der portugiesischen Deputiertenkammer stellte am 2. April der Abgeordnete Antonio José de Almeida einen Dringlichkeitsantrag, die Regierung zu befragen, ob jene Nachrichten aus dem Ovamboland zutreffen, und ob das Ministerium schon entsprechende Maßnahmen traf, um die schuldigen Behörden, die in den mit so schweren Opfern unterworfenen Gebieten Unruhen stiften, mit aller Strenge zu bestrafen. Die Deputiertenkammer lehnte aber die Dringlichkeit ab, so daß eine Antwort nicht erfolgte. Inwieweit jene Unruhen, zu deren Beseitigung übrigens der sehr umsichtige und sachkundige Generalgouverneur von Angola, Oberstleutnant Rocadas, sofort aus Loanda geeignete Maßnahmen anordnete, auch auf Deutsch-Südwestafrika einwirken, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Man wird sich erinnern, daß vor etwa einem Jahre die „Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung“ sogar von Pfändungen von Vieh 70 Kilometer südlich der deutsch-portugiesischen Grenze zeits solcher burscher, aus Angola kommender Steuerheber berichtete, was bei der Dringlichkeit, mit der auch bursche Jäger auf deutschem Gebiete von Angola aus unter dem Wildbestande aufzuräumen, nicht ganz unmöglich erscheint. Jedenfalls zeigen solche Vorfälle auch wieder die Dringlichkeit einer baldigen, den örtlichen Verhältnissen besser angepaßten Grenzregulierung zwischen Namene und Ovango, sowie der Einrichtung einer Verwaltung im deutschen Anteil des Ovambolandes. Eine Anwerbung von Arbeitern für die Sklavineisen St. Thomé und Principe, wo jetzt schon 40 000 Angola-Eingeborene beschäftigt werden, ist vorläufig noch im portugiesischen Ovamboland verboten.

## Zur Wahlrechtsbewegung.

Die Wahlrechtsversammlungen unter freiem Himmel, die der Berliner Polizeipräsident freigegeben hat, werden von der „Köln. Ztg.“ von einem Gesichtspunkte aus betrachtet, der bisher nicht genügend zum Ausdruck gebracht worden ist. Die „Köln. Ztg.“ ist der Ansicht, daß das Verhalten des Sozialpräsidenten der Sozialdemokratie eine Niederlage bereite. Denn ihr sei der kraftstärkende Widerstand des entgegenstehenden politischen Willens ohne Gefährdung des Staates genommen worden. Vermutlich habe dieser wirksame Agitationsstoff damit seine Spitze eingelebt.

Mit dem „Rechtfertigungsversuch“ des Berliner Polizeipräsidenten ist die „Deutsche Tagesztg.“ höchst unzufrieden. Sie hätte es immer noch als ein kleineres Übel angesehen, wenn Herr von Jagow schon am 6. März die Massenversammlung gestattet hätte; er wäre dann wenigstens konsequent geblieben. Sie hält es für ihre Pflicht, nochmals auszusprechen, daß die Entwicklung der Angelegenheit sie überaus peinlich berührt und der „Autorität des Staates oder doch der in Betracht kommenden Behörde erheblich geschadet hat.“ — Demgegenüber möchten wir den Schlußsatz der Erklärung des Polizeipräsidenten noch einmal wiederholen: „Im übrigen mögen diejenigen, welche Gefährdung der Staatsautorität behaupten, nicht außer acht lassen, daß die Aufhebung einer Verfassung im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens ganz gewiß nicht der Wehrung der Staatsautorität gebietet hätte.“

In Waldenburg in Schlesien veranfaßten die Sozialdemokraten am Sonntag wieder eine Wahlrechtsdemonstration, die schließlich in einen Tumult ausartete. Die Polizei machte von der blanken Waffe Gebrauch. Mehrere Personen wurden durch Schüsse verletzt. Jede Verhaftung wurde von den Umstehenden mit Geschrei und Pfeiflauten begleitet, auch wurden wiederholt Versuche gemacht, die Verhafteten zu befreien. Schließlich wurden, wie die „Schles. Ztg.“ berichtet, Schüsse herbeigeschafft, die